

Courier

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Monument pro Quart. franco geg. franco 1,50 Mr.
Der Courier ist in die Postzettelstufe eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-User 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9—1 Uhr vorm., 8—7 Uhr nachr., Sonntags geschl.

Redaktionsschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 13.

Berlin, den 29. März 1908.

12. Jahrg.

Amtliche Streikstatistik in Deutschland und im Auslande.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat schon mehrfach nachgewiesen, daß in der vom Kaiserlich Statistischen Amt bearbeiteten Streikstatistik jährlich mehrere hundert Streiks fehlen. Anspruch auf Vollständigkeit und Zuverlässigkeit kann daher die offizielle deutsche Streikstatistik nicht erheben. Ausließlich der Debatte über den Statistitell "Statistisches Amt" hat der Abgeordnete Legge einen Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, dem neuen Staatssekretär von Bethmann-Hollweg die zunehmende Unzuverlässigkeit der amtlichen Streikstatistik vorgehalten und erklärt, wenn der vom Statistischen Amt herausgegebene Fragebogen dahin abgeändert würde, daß er lediglich zur Annahme einer Streik und nicht nebenbei noch der Kriminalstatistik diene, so würden die Gewerkschaften auch bezüglich der Streikstatistik dem Amt behilflich sein können.

Die Antwort des Staatssekretärs atmiete den Polizeideutschland, dem sich anscheinend kein preußisch-deutscher Minister entziehen kann, selbst wenn er so vorurteilsfrei ist wie Posadowsky's Nachfolger von sich behauptet. Bethmann-Hollweg erkannte unumwunden die großen Mängel unserer amtlichen Streikstatistik und die hohe Bedeutung gerade dieser Erhebung an. Über er blieb, wie sein Vorgänger, dabei, es müßten in dem Fragebogen auch die Fragen nach Kontrabutschlagung von Arbeitswilligen und dergl. gestellt, kurzum polizeikriminalistische Recherchen unternommen werden.

In Wirklichkeit haben solche Fragen mit einer Streikstatistik nichts zu tun. Diese soll nur die Zahl und Dauer, den Umfang, die Ursachen und den Ausgang der Streiks, ihre Verteilung auf die Erwerbszweige und Landesteile erfassen. Es kennzeichnet recht gut die Art der deutschen Sozialstatistik, daß selbst in sozialpolitisch weit hinter uns zurückgebliebenen Ländern die offizielle Streikstatistik vorurteilsfreier erhoben wird als bei uns. In Deutschland macht man es noch immer durch die Art der Fragestellung den Arbeitervororganisationen leider unmöglich, der offiziellen Streikstatistik Unterlagen zu liefern; diese Ermittlungen werden bei uns von den Polizeibehörden ange stellt. Selbst in Spanien bedient sich das offizielle "Institut für soziale Reformen" zwecks Aufstellung der Streikstatistik in erster Linie der Provinzial- und Ortsjuntas. Das sind die durch das Gesetz vom 13. März 1900 vorgesehenen sozialen Ausschüsse, zusammengesetzt aus Arbeiter- und Unternehmervertretern, ergänzt durch Vertreter der Geistlichkeit und Zivilverwaltung. Die von den Juntas auf Verlangen des "Instituts" ausgefüllten Fragebögen sind vor ihrer Absendung den Arbeiter- und den Unternehmerdelegierten zur eventuellen Korrektur oder Ergänzung vorzulegen, damit etwaige Unrichtigkeiten ausgeglichen werden. Es wird zwar auch gefragt nach den freiwillig oder gezwungenen Streikenden, indessen ist den Arbeitervororganisationen Gelegenheit gegeben, sich zu verteidigen.

Früher hat auch die "Generaldirektion für Statistik" in Italien sich vorzüglich der Polizeibehörden für die streikstatistischen Erhebungen bedient. Das von den Sozialisten geforderte, auf Grund des Gesetzes vom 29. Juni 1902 errichtete "Arbeitsamt" ist den besseren Weg gegangen. Es wendet sich direkt an die beteiligten Kreise, Arbeiter und Unternehmer bzw. deren Organisationen, erhalten die streikstatistischen Bogen, die keine kriminalistischen Fragen enthalten, zur Ausfüllung. Erst wenn die direkte Befragung kein Material liefert, oder nebenher, werden die betreffenden Gemeindevorstände, bei Grubensprengungen Gelehrten befragt.

Das niedersächsische "Zentralsbüro für Statistik" wendet sich gemäß den Verordnungen von 1906 an die Arbeitsämtern um Angabe der Adressen der an dem betr. Streik beteiligten Arbeiter- und Unternehmerverbände oder der Arbeitsführer. Der Arbeitsamtsleiter ist gesetzlich verpflichtet, die Adressen zu ermitteln und dem "Zentralsbüro" anzugeben. Dieses wendet sich direkt an die Streikbeteiligten, erfragt aber keine kriminalistischen "Scheinumstände" und wird deshalb fast immer von den Arbeitern unterstützt. Wenn eben möglich, sucht das

"Zentralsbüro" ohne Hülfe der Polizeibehörden auszukommen.

In den skandinavischen Ländern (Schweden, Norwegen, Dänemark) ist man auch nicht der Meinung, eine offizielle Streikstatistik müsse „nebenbei“ polizeilichen Recherchen dienstbar gemacht werden. Das schwedische arbeitsstatistische Amt wendet sich direkt an die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen. Differieren die erhaltenen Auskünfte, so sucht sich das Amt durch unmittelbaren Schriftwechsel oder durch seine Ortsvertreter auszulässtren. Außerdem wird die Fachpresse als Auskunftsmitel benutzt. Das norwegische statistische "Zentralsbüro" entnimmt sein streikstatistisches Material den Berichten der Arbeiterfachvereine, den Arbeitsmarktbüchern und den Unternehmerzeitchriften. Im "Statistischen Bureau" für Dänemark verschafft man sich durch unmittelbare Befragung der beteiligten Centralverbände der Arbeiter und Unternehmer das Grundmaterial für die Streikstatistik; erst nach Versagung dieser Quellen wendet man sich eventl. an andere Auskunftsstellen.

Rehnlich organisiert sind die bekannteren streikstatistischen Aufnahmen in England, Frankreich, Belgien und Österreich, wo sich die sozialistischen "Vater unmittelbar mit Fragebögen an die Gewerkschaftsorganisationen wenden, bzw. durch eigens angestellte Korrespondenten das Urtmaterial sammeln lassen, oder die Gewerkschaftsbüros beauftragen.

Zur polizeikriminalistischen Zwecken wird die offizielle Streikstatistik missbraucht in — Ungarn und Russland! Auf diese trübselige Gemeinschaft kann sich das "Land der Sozialreform" wirklich nichts einbilden. In Ungarn sind die unteren Polizei- und gewerblichen Aufsichtsbehörden von amts wegen verpflichtet worden, den Gewerbeinspektoren von allen Arbeitsstreitigkeiten Nachricht zu geben, einen von der Gewerbeinspektion ausgearbeiteten Fragebogen auszufüllen, der dann an die "Abteilung für Gewerbeförderung" im Handelsministerium gelangt. Die dort bearbeitete Statistik erfaßt auch die "Einschüchterung Arbeitswilliger"; in welchem Betracht, dafür bürigen die berichterstattenden Polizeibehörden.

Die russischen Fabrikinspektoren haben die Anweisung, über jeden in ihrem Inspektionsbezirk befindlichen und der Inspektion unterstellten Betrieb, eine Zählkarte auszufüllen. Das so gewonnene, na turgemäß sehr mangelhafte Material wird in der "Industrieabteilung" des Gewerbeinisteriums verarbeitet, wobei dem "Terrorismus" gegen Arbeitswillige", den "Kontrabüschen" ebenfalls nachgegangen wird, wie in Deutschland.

Die Ansicht, eine Streikstatistik müsse auch zur Sammlung von polizeikriminalistischen Daten benötigt werden, teilt dennoch Herr von Bethmann-Hollweg mit seinen Fachkollegen in Spanien, Ungarn und Russland. Es ist gewiß kein Zufall, daß in diesen drei Ländern die breite Masse des gewerbstätigen Volkes keinen satirischen Einfluß auf die Regierung des Landes hat. In dieser Hinsicht gefällt sich der preußische Staat würdevoll zu ihnen. Da bekanntlich die reichsdeutsche Sozialpolitik bestimmt und von dem preußischen "Vorstaat" beeinflußt wird, so ist hinreichend erklärt, warum zum großen Schaden der Statistik gerade in Preußen Deutschland wie in Ungarn und Russland mit den offiziellen streikstatistischen Erhebungen solche Ermittlungen verknüpft sind, die den Gewerkschaftsführern Waffen liefern sollen.

Solange hierin kein Wandel geschaffen wird, kann man den Gewerkschaften nicht verdenken, daß sie sich weigern, mitzuhelfen an der "Materialsammlung" für ein von den zentralindustriellen Scharfmachern gemeinsames Erdrosselungsgebot gegen die Gewerkschaften. Solange bleibt die amtliche deutsche Streikstatistik aber auch in bestlagenster Weise so unvollständig und unzuverlässig wie bisher.

Keine Wäsche.

Man fragt wohl mancher Kollege, was ist denn das etwas über "reine Wäsche" im Courier? — Keine Angst, mein Lieber, der Courier ist keine Wäschezeitung. Es handelt sich auch gar nicht um Leinen- oder andere Wäsche — sondern nur um simple Papierwäsche. Und auch die,

von welcher hier die Rede sein soll, ist nicht etwa zur Sonntagnachmittagausstaffierung eines Proletariers, der sich vielleicht nichts besseres leisten kann, da — sondern dient ganz anderen Zwecken.

Es wird nicht ganz unbekannt sein, daß in größeren Betrieben, wo sogenannte gelehrte oder qualifizierte Arbeiter tätig sind, in Tischlereien, Maschinenfabriken und auch auf Bauten einem Neuanfangen zuerst die Frage vorgelegt wird: "Kollege, hast Du auch Deine Wäsche in Ordnung?" d. h. bist du auch organisiert und mit deinen Beiträgen auf dem Laufenden? Diejenigen, die es bis jetzt noch nicht wußten, werden merken, um was es sich handelt, um das Verbandsbuch nämlich. In allen Betrieben, wo organisierte Arbeiter sind, wird niemand anfangen, ohne daß ihm vom dortigen Vertrauensmann die obige Frage vorgelegt wird. Muß der Neuling noch mit "nein" antworten, so wird ihm in ruhiger, sachlicher Weise auseinandergesetzt, warum es auch für ihn eine Notwendigkeit ist, sich dem Verbände anzuschließen. Zeigt er sich diesen Belehrungen nicht zugänglich, so macht man ihm wohl klar, daß die Organisation es war, die dadurch, daß sie höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit ertrachte, dafür sorgte, daß mehr Leute eingestellt wurden und daß er der noch nicht Organisierte, seine Pflicht absichtlich der Organisation zu verdanken hat. Daß es also gewissermaßen seine Pflicht ist, dieselbe nun auch seinerseits zu unterstützen dadurch, daß er sich ihren Reihen anschließt.

Einen großen Teil ihrer Erfolge haben die gelernten Arbeiter dieser Frage nach "reiner Wäsche" zu verdanken.

Und was anderes können, daß müssen wir auch können. Warum sollte z. B. ein Bäcker seinem neu eintretenden Kollegen nicht diese, nicht nur berechtigte, sondern unbedingt notwendige Frage vorlegen? Er kann und muß ebenso gut wie der Maurer, Schlosser usw. dafür sorgen, daß wenigstens die, mit denen er täglich zu arbeiten gezwungen ist, "reine Wäsche" haben, also organisiert sind. Er hat einem neuen Kollegen in freundlicher, kollegialer Weise den Nutzen und die Notwendigkeit der Organisation zu erklären, ihm zu sagen, was schon alles geleistet wurde und weiter mehr noch geleistet werden könnte, wenn — ja wenn eben alle Kollegen "reine Wäsche" hätten.

Will der Kollege dies alles noch nicht einsehen, so darf man nicht gleich das Geduld verspielen und auf ihn einschimpfen, damit erreicht man nichts, vielmehr steht man den unaufgklärten Kollegen nur vor den Kopf.

Man lasse ihn eine Weile in Ruhe, bringe ihm öfter den Courier mit und tippe an Vorkommen aus unserem Berufe an, die besonders geeignet sind, auch dem Beschranktest klar zu machen, wie notwendig es ist Mitglied eines großen Verbandes zu sein. Wenn so auch nur mit einem guten Willen gearbeitet wird, kann der Erfolg nicht ausbleiben. Man sollte es nun nicht für möglich halten, daß es organisierte Handelshilfsarbeiter gibt, die sich gar nicht darum kümmern, ob ihre Kollegen auch "reine Wäsche" besitzen. Wäre es nicht so, dann müßte es unbedingt schneller vorwärts gehen, als das bisher der Fall war. Besonders gegenüber den jüngeren verhalten sich viele unserer älteren Kollegen, als ob es ihrer Würde schade, sich mit diesen auch mal über solche Sachen zu unterhalten. Man bedenkt dabei gar nicht, wie wichtig es ist, daß gerade die jüngeren Kollegen sich uns anschließen. Nebenbei bemerkt, ist ein junger Kollege viel leichter mit dem Organisationsgedanken vertraut zu machen als die meisten der älteren. Wenn wir nun auch im Raum, wie andere in der Werkstatt, auf reine Wäsche achten können, so ist uns das darüber hinaus auch noch anders möglich. Der Handelshilfsarbeiter hat sehr viel auf der Straße zu tun. Er tritt als Dreiaufdrücker im Schweiß seines Angesichts die Pedale, oder er zieht als mahrer Ziehhund den vollgepackten Handkarren und macht selbst den Rutscher, oder er thront auf dem Geschäftswagen neben dem Rutscher und lädt die Pferde ziehen. Auf jeden Fall ist die große Masse unserer Kollegen fast den ganzen Tag unterwegs. Niefort kommt man mit anderen Kollegen zusammen. Aber fragt ihr auch wohl mal einen Kollegen nach seiner Verbandszugehörigkeit? Leider muß man sagen: es sind sehr wenige, die in dieser Hinsicht ihre Pflicht tun. Die wenigen, die es tun, wissen, daß in Berlin mancher Kollege jahrelang Tag für Tag mit der Kutsche oder mit dem Karren auf der Straße ist, ohne daß auch nur ein einziges Mal jemand ihn nach der "reinen Wäsche" gefragt hätte. Das dürfte gewiß nicht vorkommen, wenn unsere Kollegen sich daran gewöhnen wollten nicht nur dadurch ihre Verbandszugehörigkeit zu beweisen, daß sie ihre Beiträge bezahlen und bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit sie möglichst ganz wieder herauszuholen; denn nur dazu ist man doch nicht organisiert, sondern auch um etwas energetischer ihre Pflicht,

die sie übernommen haben, zu erfüllen. Gerade wir Handelshilfsarbeiter sind der übrigen Arbeiterschaft darin voraus, daß wir vielmehr wie jene Gelegenheit haben, zu agitieren. Wenn wir auf der Tour sind, haben wir mit einer so scharfen Kritik wie der Industriearbeiter nicht zu rechnen. Wir haben viel mehr, wie jene Gelegenheit, bei der Arbeit uns mit unseren Kollegen zu unterhalten über Fragen, die entschädigender sind als die, welche heute noch von vielen Kollegen erörtert werden. Wenn man oft zuhört, mit welchem Interesse da Sport- und ähnliche Themen durchgehechelt werden, dann weiß man, warum wir nicht so schnell vorwärts kommen wie andere Kategorien. Auf der Post besonders, wo so manche Stunde mit Warten verbracht werden müssen, kann man nur selten hören, daß Berufsfragen vorgenommen werden.

Also es ist die höchste Zeit, daß die Handelshilfsarbeiter endlich anfangen, jede Gelegenheit, die sich ihnen bietet, zu benutzen und jeden Kollegen, den man nicht kennt, nach „reiner Wäsche“ zu fragen. Wir müssen uns klar werden darüber, daß wir nicht eher die große Masse der Kollegen organisiert haben werden, bis überall, zu jeder Stunde und an jedem geeigneten Ort die Frage gestellt wird:

„Kollege, hast du auch reine Wäsche?“

Tarifabschluß bei der Firma Kaisers Kaffeegeschäft G. m. b. H.

Die in der Filiale Spandau der oben genannten Firma beschäftigten Kollegen und Kolleginnen, zusammen 180 an der Zahl, sind seit 1905 treue Mitglieder unseres Verbandes. Bereits im Jahre 1906 gelang es ihnen mit Hilfe der Organisation einen Tarif zum Abschluß zu bringen, durch welchen sie neben einer Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden pro Tag, auch erhebliche Lohnaufbesserungen erzielten. Die Lohnverhältnisse waren bis zu der Zeit noch vollständig ungeregelt, so daß Löhne von 17 und 18 Mk. für erwachsene Arbeiter gezahlt wurden. Durch den Tarifabschluß 1906 sind dann die Anfangslöhne für 22 Jahre alte Kollegen auf 20,52 Mk. und für 24 Jahre alte auf 21,60 Mk. pro Woche festgesetzt worden, wozu dann noch innerhalb der Tarifdauer in Rücksicht auf die eingetretene Teuerung eine weitere Zulage von 2 Pf. pro Stunde kam, so daß die Anfangslöhne demnach 21,88 Mk. resp. 22,68 Mk. betrugen.

Die Steigerungssätze betragen von $\frac{1}{2}$ zu $\frac{1}{2}$ Jahr 54 Pf. pro Woche bis zum Höchstlohn von 27 Mk. pro Woche.

Die Arbeiterinnen erhalten einen Anfangslohn von 25 Pf. pro Stunde, steigend halbjährlich um 1 Pf. bis zu 35 Pf. pro Stunde.

Auch wurden die Löhne für die jugendlichen Arbeiter im Alter von 17 bis 22 Jahren geregelt, und betragen die Anfangslöhne demnach 18,20 bis 19,98 Mk. pro Woche. Ebenso ist der Lohn für die Akkordarbeiterinnen neu geregelt worden.

Unsere Kollegen beschlossen, den alten Tarif zu kündigen, was denn auch rechtzeitig geschehen ist. Ebenso wurden die neuen Forderungen der Firma rechtzeitig übermittelt und um eine diesbezügliche Verhandlung nachgesucht, dem von der Firma stattgegeben worden ist. Nach zweimaliger Verhandlung gelang es, den nachstehenden Tarif zum Abschluß zu bringen; wodurch nicht nur die Löhne der sämtlichen Arbeiter und Arbeiterinnen von neuem eine Aufbesserung erfahren haben, sondern auch noch andere Vergünstigungen, wie Gewährung eines Sommerurlandes unter Fortzahlung des Gehaltes usw. erzielt worden sind.

Tarifvertrag.

Zwischen der Firma Kaisers Kaffeegeschäft G. m. b. H. und den in ihrem Spandauer Betriebe beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen sowie der Verwaltung Spandau des Deutschen Transportarbeiterverbandes wird der nachstehende Tarif vereinbart.

A) Regelung der Arbeitszeit.

1. Die Arbeitszeit beträgt für Arbeiter und Arbeiterinnen 9 Stunden pro Tag. Dieselbe beginnt um 7 Uhr morgens und endigt um 5 Uhr nachmittags inkl. einer einhalbstündigen Frühstück- und einer einhalbstündigen Mittagspause. Beim Minuten vor Beendigung der Arbeit erfordert ein Klingelzeichen zum Waschen und Umkleiden, vorher darf niemand die Arbeitserräume verlassen.

B) Regelung des Lohnes für Arbeiter.

1. Der Anfangslohn beträgt für Arbeiter im Alter von 17 Jahr p. W. 18.—Mk. 19.—20 Jahr p. W. 21,60 Mk. 17.—18 " " 19,20 " 20—21 " " 22,80 " 18.—19 " 20,40 " als Höchstlohn pro Woche.

2. Arbeitnehmer im Alter von 21 Jahren und darüber erhalten einen Anfangslohn von 24 Mk. pro Woche, nach $\frac{1}{2}$ Jahr. Tätigkeit 24,60 Mk. 8 Jahr. Tätigkeit 27,60 Mk. 1 " 25,20 " 8½ " 28,20 " 1½ " 25,80 " 4 " 28,80 " 2 " 26,40 " 4½ " 29,40 " 2½ " 27,00 " 5 " 30,00 " als Höchstlohn pro Woche.

3. Die in der Mälzerei tätigen Arbeiter erhalten einen Anfangslohn von 28 Mk. pro Woche, nach $\frac{1}{2}$ Jahr. Tätigkeit 28,60 Mk. 8 Jahr. Tätigkeit 31,80 Mk. 1 " 29,20 " 8½ " 32,20 " 1½ " 29,80 " 4 " 32,80 " 2 " 30,40 " 4½ " 33,00 " 2½ " 31,00 " als Höchstlohn pro Woche.

4. Jeder Arbeiter erhält ab 1. April 1908 den in der Skala vorgesehenen, seinem Alter resp. Dienstalter entsprechenden Lohnzulag.

5. Jede Zulage tritt mit dem Beginn der Woche, welche dem Aufzulagungsstermin folgt, in Kraft.

C) Regelung des Lohnes für Arbeiterinnen.

1. Arbeiterinnen, welche in Wochenlohn arbeiten, erhalten einen Anfangslohn von 15 Mk. pro Woche, steigend von $\frac{1}{2}$ zu $\frac{1}{2}$ Jahr um 60 Pf. pro Woche bis zum Höchstlohn von 21 Mk. pro Woche.

2. Arbeiterinnen, die als Verleserinnen eingestellt werden, erhalten während der ersten 6 Tage für ihre

Tätigkeit einen Lohn von 2,00 Mk. pro Tag. Nach dieser Zeit treten dieselben in das Akkordverhältnis ein. Es soll jedoch den hier in Frage kommenden Arbeiterinnen überlassen bleiben, die Frist von 6 Tagen abkürzen zu können.

D) Die Akkordlöhne regeln sich nach folgender Skala:

Bei Ausschuß in Höhe von		für gebrauchten Kaffee	
1 — 2 %	32 Pf.	1 — 2 %	36 Pf.
2 — 2½ "	30 "	2 — 3 "	30½ "
2½ — 3 "	27½ "	3 — 4 "	28 "
3 — 3½ "	26½ "	4 — 5 "	25 "
3½ — 4 "	25½ "	5 — 6 "	23 "
4 — 4½ "	24½ "	6 — 7 "	21 "
4½ — 5 "	23½ "	7 — 8 "	20 "
5 — 5½ "	22½ "		
5½ — 6 "	21½ "		
6 — 7 "	21 "		
7 — 8 "	21 "		

E) Regelung der Nebenstundenbezahlung.

1. Für Nebenstunden, das heißt für diejenige Zeit, während welcher in dringenden Fällen über 9 Stunden pro Tag gearbeitet werden muß, ist ein prozentualer Lohnzuschlag zu bezahlen.

2. Die in Lohn arbeitenden Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten für jede geleistete Nebenstunde einen Zuschlag von 25 pf. Et. zu dem regulären Lohn.

3. Den Akkordarbeiterinnen wird die geleistete Nebenstundenarbeit mit 10 Pf. pro Stunde vergütet.

4. Den Arbeitern, welche die Trommel bedienen und die Verantwortung für die Bedienung tragen und welche infolge der Eigenart des Betriebes nicht in der Lage sind, die festgesetzten Pausen innerzuhalten, wird dafür eine Extra-vergütung von 40 Pf. pro Tag gewährt.

5. Tritt durch Motorstillstand und Reparaturen an den Maschinen eine Unterbrechung der Arbeitszeit ein, so ist diese den Verleserinnen mit 30 Pf. pro Stunde zu vergüten, sofern die Unterbrechung eine Viertelstunde übersteigt, jedoch nur bis zur Höchstdauer von einem Tage.

F) Sonstige Bestimmungen.

1. Die Lohnzahlung findet des Sonnabends statt und soll an diesem Tage die Arbeit um 4 Uhr beendet sein. Ist der Lohnzahlungstag ein Feiertag, dann erfolgt die Auszahlung an dem Tage vorher.

2. Den sämtlichen im Tarif angeführten Arbeitern und Arbeiterinnen wird alljährlich ein Sommerurlaub unter Fortzahlung des Gehaltes gewährt. Derselbe beträgt: Nach einsähriger Tätigkeit zwei Tage, dann steigend von Jahr zu Jahr um einen Tag bis zu sechs hintereinander folgenden Arbeitstagen nach fünfjähriger Tätigkeit. Die Verleserinnen erhalten während der Dauer ihres Urlaubes eine Vergütung von 2,50 Mk. pro Tag. Der Urlaub wird in der Zeit von Pfingsten bis zum 1. November eines jeden Jahres gewährt. Besondere Wünsche bezüglich der Zeit, in der der Urlaub genommen werden soll, sind der Betriebsleitung vor dem 1. April einzurichten. Im übrigen bleibt der Betriebsleitung die Einstellung überlassen.

3. Die Auslegung des § 61 des B.G.B. erfolgt nach den diesbezüglich in der Arbeitsordnung festgelegten Bestimmungen.

4. Bei Neueinstellung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften ist der unentgeltliche Arbeitsnachweis des Verbandes, Adresse Emil Stahl, Spandau, Akterstr. 36, pt. oder Telefon Amt 4 Berlin Nr. 950 möglichst zu be nutzen. Bezüglich der Auswahl der Arbeitskräfte steht der Firma das Recht der freien Entscheidung zu.

5. Maßregelungen wegen Durchführung dieses Tarifes dürfen nicht stattfinden. Meinungsverschiedenheiten resp. Streitigkeiten, welche sich anlässlich der Auslegung dieses Tarifes ergeben, werden von der Geschäftsleitung gemeinsam mit dem Arbeiterausschuß und falls es sich notwendig erweist, unter Hinzuziehung eines Verbandsvertreters zu schlichten versucht.

6. Dieser Tarif hat Gültigkeit vom 1. April 1908 bis zum 31. März 1910. Derselbe gilt auf ein Jahr verlängert, falls er nicht vier Wochen vor Ablauf von einer Partei genehmigt wird.

Für die Firma:
Kaisers Kaffeegeschäft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Mag. Krus.

Für den Deutschen Transportarbeiterverband:

M. Werner, Emil Stahl.

Für die Kommission der Arbeiter und Arbeiterinnen:
Otto Hensel, Hermann Höhne, Carl Nehting,
Karl Winkler, Fritz Hoffmann, Emil Hagemann,
Ernst Schulze, Wilh. Schönenfeldt, Martin Uberti,
Gertrude Lohse.

Nach den vorstehenden Neuabmachungen sind die Löhne der Arbeiter von 1 Mk. bis zu 3,21 Mk. pro Woche erhöht worden. Die durchschnittliche Lohnherhöhung beträgt 1,68 Mk. pro Woche. Vor allen Dingen ist die Altersgrenze zu Gunsten der jugendlichen Arbeiter verschoben worden. Bisher wurde unseren Kollegen erst bei einem Alter von 24 Jahren der höchste Anfangslohn zugeteilt. Ab 1. April wird der Höchstanfangslohn bereits mit dem 21. Lebensjahr erreicht. — Der Höchstlohn ist von 27 auf 30 Mk. erhöht worden. Für die in der Mälzerei tätigen Kollegen ist in Rücksicht auf ihre, wegen der Eigenart dieser Arbeit zunächst zulässig längere Arbeitszeit, eine höhere Lohnskala festgesetzt worden. Den in Lohn arbeitenden Kolleginnen ist eine Lohnzulage von 1,50 Mk. gewährt worden. Die Skala, nach welcher der Akkordlohn berechnet wird, ist in den meisten in Umlauf befindenden Säcken um 1 Pf. erhöht. Das Zugeständnis, nach welchem des Sonnabends um vier Uhr die Arbeit beendet ist, bedeutet eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche. Die Gewährung des Urlaubes ist als Neuvergütung zu betrachten. Auch ist das Wochenlohn- system eingeführt worden und werden ab 1. April auch diesen Feiertage, die auf einen Wochentag fallen, mit bezahlt, was bisher nicht der Fall war.

Alles in allem bedeuten die neuen Abmachungen einen weiteren Fortschritt in wirtschaftlicher Beziehung. An unseren Kollegen und Kolleginnen wird es liegen, ihre Maßnahmen so einzurichten, daß sie sich diese Vorteile erhalten.

Vor allen Dingen haben sie dafür zu sorgen, daß kleinliche Streitigkeiten in den eigenen Reihen unter allen Umständen vermieden werden. Jeder einzelne hat als organisierter Kollege in jeder Hinsicht seine Pflicht zu erfüllen und dafür zu sorgen, daß alle Voraussetzungen erfüllt werden, damit auch in Zukunft die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zeitverhältnissen entsprechend geregelt werden können.

Ein Stuttgarter Ehrenmann und sein Werk.

Alber ist der Name des „Ehrenmanns“, der uns zum Vorwurf macht, wir wollen die B. v. Maurschen Fuhrleute, Hallenarbeiter und Plüscländer verhegen. Wanz altert darüber, daß er es nicht verhindern kann, daß wir in letzter Zeit in der „Tagwacht“ und durch Flugblätter seinem lieben braven Herrn die Wahrheit vorgezeigt haben, finnt er Tag und Nacht auf Mittel, um uns das „Heben“ zu vertreiben. Seine bisher angewandten ziehen nicht mehr so recht, daß Denunzieren tut's nicht mehr, und das Schimpfen auf den Verband hört niemand mehr, die Organisation breite sich immer mehr aus.

Dies alles ist zum Verzweifeln für eine so edle Seele, wie sie Alber besitzt. Aber er hat sich nun mal vorgenommen, seinem Herrn bei der Vernichtung des Verbandes behilflich zu sein und siehe da welches Glück, er hat das rechte Mittel gefunden, wie wir hören, hat er es beim Patentamt angemeldet. Glückstrahlend vor Wonne kommt er ins Geschäft und erzählt, daß er es satt habe, daß sein Herr fortgesetzt von uns angegriffen werde. Gebe jeder 5 Pf. her, dann lassen wir es in die „Württemberger Zeitung“ drucken, daß wir mit unserem Herrn zufrieden sind, daß uns unser Herr gut bezahlt, ich selber möchte überhaupt kein anderes Geschäft. Wir verstehen, warum Alber so um seinen Herrn besorgt ist. Vor nicht langer Zeit schrieben wir, daß selbst unsere Gegner bei B. v. Maur zugaben, daß die Aufbesserung im Oktober nicht erfolgt wäre, wenn die Furcht vor der Organisation die Firma nicht dazu getrieben hätte. Dies hat die Firma ihren „Treuen“ sehr verlibt. Alber war bekanntlich einer der ersten, der erklärte, wir wissen wohl, daß wir die Mark euch zu verbanzen haben. Alber erklärt, er sei mit seinem Herrn zufrieden, er verzweigt aber, daß er es nur der verhaschten Organisation zu verdanken hat, daß er heute einen Lohn hat, den seine Kollegen ebenfalls zu erreichen suchen. Wer ist denn eigentlich der Alber, ist er Vorarbeiter, Stallmeister oder bekleidet er sonst einen bevorzugten Posten? Weit gefehlt, er ist Fuhrmann, der sich täglich 13—14 Stunden im Dienste „seines Herrn“ absindet muss, hat allerdings den Vorzug, daß er von seinem Herrn von Zeit zu Zeit unter der Hand wieder eine Mark zugelegt erhält, als Dank für seine Verdienste im Streit 1908.

Wie man sieht, heute ein ganz zahmes Tier. Wir Stuttgarter können uns aber noch der Zeit vor 1905 erinnern, wo Alber noch um 17 und 18 Mk. arbeiten mußte, wo es noch Stallwache zu schließen gab, zum Ausruhen eine erbärmliche Prise zur Verfügung stand. Zu jener Zeit war Alber noch ein Saulus, da stand er noch mit an der Spitze der „Heber“, schimpfte auf seinen Herrn wie ein Rohrspatz, damals hat es nach Albers Meinung keine Firma in Stuttgart gegeben, die ihre Leute mehr ausbeutet wie „sein Herr“. Wäre dies in der Zwischenzeit besser geworden, könnte man die Änderung in der Ausbildung ja verstehen, daß dem jedoch nicht so ist, werden wir weiter unten nachweisen. Kurz und gut, Alber war einer der eifrigsten Agitatoren, er und noch 15—20 andere, die wir mit der Namensnennung heute verschonen wollen, haben uns in manche pikante Sachen eingeweiht, damals natürlich nur um die Organisation hochzubringen. Das war damals. Heute genießt er die Früchte seiner Streitbrecherverdienste, um, wenn er alt und stief ist, wie ein rüdiger Hund aufs Straßenplaster geworfen zu werden.

Nun zu den Löhnen, mit denen nach Albers Angabe die Fuhrleute zufrieden sein können. Auch hier müssen wir sagen, daß sich der Herr Alber in seiner ganzen Schönheit offenbart. Alber hatte vor 4 Jahren 17 Mk., die Mehrzahl hat heute 19 Mk. pro Woche. Vor 4 Jahren kostete das Pfund Brot 10 Pf., heute 14 Pf., das Pfund Fleisch schwankte vor 4 Jahren zwischen 60 und 65 Pf., heute zwischen 75 und 95 Pf., im Durchschnitt 85 Pf. Ein Paar Stiefelohlen kosteten vor 4 Jahren je nach Qualität, 2,50 Mk. bis 3,20 Mk., heute 3,20 Mk. bis 5—6 Mk. Vor 4 Jahren zahlten unsere Kollegen 5—8 Mk. Einkommensteuer, heute mit den gleichen Löhnen 10—16 Mk. Solche Beispiele ließen sich ins Unendliche vermehren, doch dürften schon diese wenigen genügen, um darzutun, daß der Fuhrmann heute mit 19 Mk., ja selbst mit 20 und 21 Mk. bedeutend schlechter daran ist, als Alber vor 4 Jahren mit seinen 17 Mk. Rechnet man den Durchschnittslohn der B. v. Maurschen Fuhrleute zu 21 Mk., der aber ohne Zweifel zu hoch ist, so ergibt sich, daß die Firma einen Stundentarif von 26 Pf. bezahlt. Die Mehrzahl hat 19 Mk. Diese Armen erhalten ein Entgeld, Lohn kann man hier nicht mehr sagen, von 22 Pf. Dieser Berechnung ist eine wöchentliche Arbeitszeit von 80 Stunden zu Grunde gelegt, die aber entschieden als zu niedrig angegeben bezeichnet werden muss. Angesichts solcher Tatsachen mag es eine Kreatur, — die wohl für ihren Herrn einige Mark mehr Lohn bezahlt, aber noch lange nicht einen solchen, den man als anständig gelten lassen könnte, — einen Artikel in Aussicht zu stellen, worin der Öffentlichkeit gezeigt wird, daß es außer dem Kurischen Betrieb keinen zweiten in Stuttgart gibt, wo die Leute bis zur Stedtzeit erbittert sind. Vorstehendes mag sich Alber und sein Anhang gesagt sein lassen. Erfahren wollen wir ihnen heute, daß die Zeit vorbei ist, wo wir höchst aufmerksam gewesen sind, schonungslos werden wir den einen nach dem andern in der Tages- und Gewerkschaftsspreche an den Pranger stellen.

Wir erwähnten oben, daß die Lebensmittel und Bedarfssortikel in den letzten 4 Jahren bedeutend in die Höhe gegangen sind, ergo haben sich auch die Ausgaben der Firma B. v. Maur erhöht. Die Firma hat es aber ver-

standen sich schadlos zu halten, sie hat ihre Lohnführsähe bedeutend erhöht und sie teilweise mit den in die Höhe gegangenen Arbeitslöhnen begründet. Die hohen Löhne seien nun so aus, daß man aus Furcht vor einer Arbeitseinstellung eine lumpige Markt zugelegt hat. Neuerdings versucht man auf den ersten April wieder ein solches Experiment zu machen. Damit die Geschichte recht arbeiterfreundlich aussieht, müssen die Albers und Konkurrenten das blödflüchtige Gericht verbreiten, die Firma zahlte gegenwärtig wöchentlich 3000 Mk. darauf. O heilige Einheit! Als seinerzeit das Normannische Geschäft von Maur übernommen wurde, war das erste, daß die Löhne, die von Normann bezahlt wurden, reduziert wurden. Normann hat seine Leute anständig bezahlt und es dennoch zu etwas gebracht, er hätte es unter seiner Würde gehalten, mit solchen Mitteln, wie das Draufzahlen, zu operieren. Die Degerlocher Villa, das Luxusautomobil und die Leibesfülle, die die Herren präsentieren, zeigen so drastisch, wie es mit dem Gelddraufzahlen aussieht. Das Geschäft soll sich sogar so schlecht rentieren, daß man daran denkt, die Werke zu verkaufen, ob die zum Privatvergnügen gehaltenen Luxus- und Reitpferde auch verkauft werden, konnten wir nicht erfahren. Wir müssen gestehen, die Firma versteht es, ihre Leute am Narrenfest herumzuführen. Es fragt sich nur, wie lange noch? Krauser kann der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital kaum noch zum Ausdruck kommen als es hier der Fall ist. Auf der einen Seite ein raffinierter Luxus, auf der anderen Seite eine grenzenlose Armut, die noch gesteigert wird durch eine unbeschreibliche Niederhaltung jeder freien Regelung. Die Firma kann verstehen, daß ihr der Schwund, sie müsse Geld drauslegen, kein vernünftiger Mensch glaubt, denn die Hungerköthe, die sie bezahlt, verdienen ihre Leute noch von nachmittags 8 Uhr ab. Sie wird wohl oder übel noch zu der Einsicht kommen, daß ihr nichts anderes übrig bleibt, als unserer Forderung, die folgendermaßen lautet:

Einspanner	Mindeslohn pro Woche 22 M.
Zweispänner	25 "
Hallenarbeiter u. Ausländer	22 "
Einspanner	25 "
Zweispänner	28 "
Hallenarbeiter u. Ausländer	25 "
Eintritt des Höchstlohnes nach halbjähriger Tätigkeit im Betrieb, nochzugeben.	

Die Kollegen ersuchen wir, mehr noch wie seither unablässig für die Ausbreitung der Organisation tätig zu sein und vor allem unsere Versammlungen zu besuchen. Die Offenherzigkeit Albers hat gezeigt, daß wir von ihm und seiner Gesellschaft auf Unterstützung nicht zu rechnen haben. Wir wissen jetzt, wer im nächsten Kampf zum Verräter wird. Lassen und gönnen wir sie der Firma, die Organisation wird siegen über die schlechende Niedertracht. Die Kausreißer sind am Ende ihres Lateins angelangt, sie sehen, daß sie immer mehr an Boden verlieren, daß sie sich durch ihr Verhalten der Verachtung der Stuttgarter Kollegenschaft ausgeliefert haben.

Und nun vorwärts, hincin die in Organisation, Euch zum Schutz, dem Unternehmer zum Trutz.

Die Entlohnung der Chauffeure.

Die allgemeine Meinung über die Lohnverhältnisse der Chauffeure geht dahin, daß diese sehr gut bezahlt werden und ein Mensch materiell gefichert ist, wenn er es zum Chauffeur gebracht hat. Teils zur Aufklärung derjenigen, die sich diesem Berufe widmen wollen und vor allem unsfern heutigen Chauffeuren zum Nutzen kann es nur sein, wenn wir in der Möglichkeit klarstellen, was heute bezahlt wird und was alles verlangt wird in diesem Berufe.

Dass derjenige, der sich als Chauffeur ausbilden lassen will, ein gelernter Mechaniker, Schlosser oder Elektriker sein muß, davon ist man schon längst abgekommen. Seit der Fernfahrt Paris-Berlin im Jahre 1901, die für Deutschland den Automobilismus populär machte, liest man nichts mehr, daß jedem Wagen ein Mechaniker zur Bedienung beigegeben wird, sondern man spricht einfach nur noch vom "Chauffeur".

Die sog. Chauffeurschulen, welche sich in allen größeren und auch kleineren Städten als recht überflüssige und sehr schädliche Einrichtung für unsren Beruf etablieren, sorgen in erster Linie dafür, daß die im Gesetz festgelegte Gewerbefreiheit vollständig ausgenutzt wird. Die Leute, die in diesen Schulen ihr Chauffurpatent sich holen, sind, wie die Dinge bei uns nun einmal liegen, am ersten gezogenen. Ihre paar Mark, die sie vor der "Ausbildung" belassen, sind sie, nachdem ihr Lebensglück durch das Tragen einer Ledermütze im schönen Sonnenschein vor ihnen liegt, an ihre Schulmeister los geworden. Nachdem die Schule absolviert ist, sind sie gezwungen, ihre Chauffeureinstellung für nämlichen Schuhpreis zu verlassen, wie sie es auch vordem mit ihrer Arbeitskraft getan haben, wenn sie nicht gemeinsam mit ihren Berufskollegen sich bessere Arbeitsbedingungen erworben haben. Die "Ausgebrannten" stehen vor dem nichts und der Magen knurrt.

Gassen wir die Arten der Autos und ihre Führer, wie sie heute im Betriebe sind, in drei Gruppen zusammen. Erstens Herrschaftliche, zweitens Droschen und Omnibusse und drittens Geschäfts- oder Lastwagen. Unsere herrschaftlichen Autobesitzer lassen sich nicht mehr den Chauffeur mit dem Wagen von der Fabrik kommen, wie es anfangs der Fall war und dieser Mann dann als Mechaniker bezeichnet wurde, sondern sie lassen, wenn sie sich anstatt der Pferde ein Auto anschaffen, den bisherigen Kutscher als Chauffeur ausbilden. Die Bezahlung des auf diese Art neu gebauten Chauffeurs ist dann in der Regel dieselbe, wie sie auch der Kutscher bekommen hat, 120 bis 150, höchstens 200 M. monatlich, jedenfalls, was die Herrschaft für ihre persönlichen Bedürfnisse auszobt. Arbeitsleistungen werden ja eigentlich nicht bezahlt bei unsren Herrschaften, sondern die

Eigenschaften, die ein "richtiger" Diener haben müssen. Sind dagegen die Autokäufer von der Sorte der sog. Dreigroschen-Kentiers, dann haben auch unsere "Schuler" Aussicht, eine Stelle zu bekommen. 40 bis 60 M. monatlich bei freier Station im Hause, erachten diese Autobesitzer für eine genügende Bezahlung. Mit so geringen Eigenschaften muss der Chauffeur dann aber noch nebenbei ausgerüstet sein: Er muss den Garten bearbeiten — falls ein solcher da ist —, Teppiche ausschlagen, den Haushalt und die Straße pflegen, die Kinder spazieren führen, die Kinder fahren mit dem Automobil — nur Sonntags —, überhaupt muss er in allen häuslichen Arbeiten bewandert sein, oder sich aber mindestens verpflichten, in der allerwichtigsten Zeit die genannten Eigenschaften erwerben zu wollen.

Bei dieser Gruppe von Chauffeuren — den herrschaftlichen — läuft sich schwer eine feste Norm im Lohnsatz ansetzen. Das Geschäft soll sich sogar so schlecht rentieren, daß man daran denkt, die Werke zu verkaufen, ob die zum Privatvergnügen gehaltenen Luxus- und Reitpferde auch verkauft werden, konnten wir nicht erfahren.

Wir müssen gestehen, die Firma versteht es, ihre Leute am Narrenfest herumzuführen. Es fragt sich nur, wie lange noch? Krauser kann der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital kaum noch zum Ausdruck kommen als es hier der Fall ist. Auf der einen Seite ein raffinierter Luxus, auf der anderen Seite eine grenzenlose Armut, die noch gesteigert wird durch eine unbeschreibliche Niederhaltung jeder freien Regelung. Die Firma kann verstehen, daß ihr der Schwund, sie müsse Geld drauslegen, kein vernünftiger Mensch glaubt, denn die Hungerköthe, die sie bezahlt, verdienen ihre Leute noch von nachmittags 8 Uhr ab. Sie wird wohl oder übel noch zu der Einsicht kommen, daß ihr nichts anderes übrig bleibt, als unserer Forderung, die folgendermaßen lautet:

Einspanner Mindeslohn pro Woche 22 M.

Zweispänner 25 "

Hallenarbeiter u. Ausländer 22 "

Einspanner 25 "

Zweispänner 28 "

Hallenarbeiter u. Ausländer 25 "

Eintritt des Höchstlohnes nach halbjähriger Tätigkeit im Betrieb, nochzugeben.

Die Kollegen ersuchen wir, mehr noch wie seither unablässig für die Ausbreitung der Organisation tätig zu sein und vor allem unsere Versammlungen zu besuchen. Die Offenherzigkeit Albers hat gezeigt, daß wir von ihm und seiner Gesellschaft auf Unterstützung nicht zu rechnen haben. Wir wissen jetzt, wer im nächsten Kampf zum Verräter wird. Lassen und gönnen wir sie der Firma, die Organisation wird siegen über die schlechende Niedertracht. Die Kausreißer sind am Ende ihres Lateins angelangt, sie sehen, daß sie immer mehr an Boden verlieren, daß sie sich durch ihr Verhalten der Verachtung der Stuttgarter Kollegenschaft ausgeliefert haben.

Und nun vorwärts, hincin die in Organisation, Euch zum Schutz, dem Unternehmer zum Trutz.

Deutscher Außenhandel im Jahre 1907.

II.

Wenn wir dazu übergehen, den Außenhandel, der in den einzelnen Warengruppen und Hauptartikeln sich befindet, zu betrachten, so müssen wir leider vornehmlich bei den vorher herein bei der Mehrzahl der Objekte darauf verzichten, Vergleiche mit den Vorjahren anzustellen, weil die am 1. März 1906 eingeführten Änderungen des Tarifs und des Staatslichen warenverzeichnisses die Einteilung der amtlichen Statistik von Grund aus ungetauert haben. Für das Jahr 1907 liegen allerdings jetzt vollständige Zahlen vor, nicht aber für das Vorjahr, das in zwei Teile, die Zeit vor dem 1. März und die darauf folgende, zerfällt. Es ist auch aus Sicherheitsgründen nichts geschehen, um die Zahlen der ersten Monate des Jahres 1906 mit ungenauigkeit zu bringen, ein Vergleich, der in vielen Fällen ebenso schwierig wie vertagt gewesen wäre. Wir müssen uns heranziehen, die Zahlen von 1907 in vielen Fällen ohne Vergleich hinzuholen oder mit denen der letzten zehn Monate des Jahres 1906 zu vergleichen.

Die Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft einschließlich der anderen tierischen und pflanzlichen Naturerzeugnisse und der Nahrungs- und Genussmittel treten bei der Einführung dem Wert nach am meisten hervor. Ihr Einführwert betrug 5552,8 Mill. Mark und macht damit rund 63 p.C. der gesamten Einführung aus gegen 59 p.C. in den zehn unter den neuen Zolltarif liegenden Monaten des Jahres 1906. Die Steigerung ist also offensichtlich. Zum Teil hängt sie damit zusammen, daß im Jahre 1906 die Getreideeinführung in den ersten Monaten nach Eintreten der Zolländerungen sehr gering war. Auf die Erzeugnisse des Alter-, Garten- und Wiesenbaus entfällt ein Einführwert von 2722 Millionen Mark, dem ein Ausfuhrwert von 290 Millionen Mark gegenübersteht. Die Weizen einföhr belief sich nach Abzug der Ausfuhr auf 23,6 Millionen Doppelzentner gegen 17,2 Mill. i. J. 1906, 21,2 i. J. 1905 und 18,6 i. J. 1904, war also sehr erheblich. Ihr Wert ist auf 379,1 Millionen Mark angegeben. Wie sich die Weizeneinföhr auf die einzelnen Hauptbezugsländer in den letzten vier Jahren verteilt hat, zeigt die nachstehende Tabelle in Doppelzentnern:

	1907	1906	1905	1904
Argentinien	8 608 374	5 133 788	7 166 420	5 642 211
Rußland	5 645 280	7 256 849	10 062 877	8 865 416
Peru-Staaten	5 427 795	2 938 863	659 220	1 842 161
Nürnberg	3 433 578	3 022 292	3 367 212	1 880 418
Australien	716 120	370 334	466 893	6 292

Hierach ist Russland, daß in den Vorjahren an erster Stelle gestanden hatte, durch Argentinien auf den zweiten Platz zurückgedrängt, und die Vereinigten Staaten sind über Italien auf den dritten Platz gekommen; sie werden sich im nächsten Jahre vorwiegend den zweiten Platz erobern. Die Roggenausföhr betrug 6,08 (1906, 6,21) Millionen Doppelzentner, die Roggenausföhr 2,33 (2,43) Millionen, so daß sich ein Einführüberschuss von 3,75 (3,88) Millionen Mark ergibt. Die Getreideeinföhr berechnet sich auf 21,14 (1906, 20,88) Millionen Mark, wovon 3,24 Millionen auf die Malzgerste und 17,91 Mill. auf die Getreideeinföhr entfallen. Die Getreideeinföhr war mit 3,23 Millionen Mark geringer als die Getreideausföhr mit 3,49 Millionen Mark, während das Vorjahr einen Einführüberschuss von 3,75 Millionen Mark, das Jahr 1905 sogar einen solchen von 8,64 Millionen Mark gehabt hatte. Die Maisausföhr betrug 12,52 Millionen Doppelzentner gegen 10,45 Millionen im Jahre 1906.

Die Riebeinföhr konnte die Höhe der voraufgegangenen Jahre nicht erreichen. Rindfleisch sind nur 199 151 Stück eingeführt gegen 270 145 i. J. 1906 und 332 339 i. J. 1905. Die Schweineeinföhr betrug 79 562 gegen 100 448 i. J. 1906, auch steht hier eine Ausföhr von 25 039 (davon 24 429 nach der Schweiz) gegenüber. Lebende Gänse sind nur 7,21 Millionen Stück eingeführt gegen 8,98 Millionen im Vorjahr. Die Eiereinföhr belief sich auf 1 494 552 Doppelzentner gegen 1 444 163, ihr Wert ist auf 145,5 Millionen Mark angegeben. Die Fleischereinföhr ist, wie die Einföhr lebender Viehs, zurückgegangen; frisches Rindfleisch sind 131 529 (1906, 192 895), einfach zubereitetes 28 256 (80 218), frisches Schweinefleisch 23 787 (138 860), einfach zubereitetes 23 908 (35 000) Doppelzentner eingeführt. Von den Rindfleischern zeigt der Kaffee eine erhöhte Einföhr mit 1 896 246 (1906, 1 827 231) Doppelzentner, wogegen die Einföhr von rohem Kakao von 349 147 auf 345 154 Doppelzentner zurückgegangen ist.

Die Buttereinföhr ist wesentlich zurückgegangen. Es sind im ganzen 9 168 503 Doppelzentner ausgeführt gegen 12 369 927 Doppelzentner im Vorjahr, darunter 3 899 170 (5 765 372) Doppelzentner Rohzucker. Nach England gingen nur 3 226 492 (3 880 725) Doppelzentner Rohzucker; die Rohzuckerausföhr nach den Vereinigten Staaten, die i. J. 1906 1 319 155 Doppelzentner betragen hatte, ist für 1907 nicht angegeben, war aber jedenfalls nur ganz gering. Der Wert der gesamten Buttereinföhr hat 183 Millionen Mark betragen gegen 226 Millionen im Jahre 1906.

Die Textilindustrie hat, so weit sich dies übersehen lässt, im Bericht mit dem Auslande ein recht günstiges Jahr hinter sich, wenn auch in den letzten Monaten sich eine Abschwächung gezeigt hat. Zur Rohprodukte lassen sich Vergleiche mit dem Vorjahr aufstellen, die eine zum Teil beträchtliche Erhöhung der Einföhrziffer ergeben. Die Einföhr von Rohbaumwolle hat sich nach Abzug der Ausföhr auf 4 254 507 Doppelzentner belaufen gegen 3 535 493 Doppelzentner i. J. 1906. Ihr Wert wird auf 478,8

Eigenschaften, die ein "richtiger" Diener haben müssen. Sind dagegen die Autokäufer von der Sorte der sog. Dreigroschen-Kentiers, dann haben auch unsere "Schuler" Aussicht, eine Stelle zu bekommen. 40 bis 60 M. monatlich bei freier Station im Hause, erachten diese Autobesitzer für eine genügende Bezahlung. Mit so geringen Eigenschaften muss der Chauffeur dann aber noch nebenbei ausgerüstet sein: Er muss den Garten bearbeiten — falls ein solcher da ist —, Teppiche ausschlagen, den Haushalt und die Straße pflegen, die Kinder spazieren führen, die Kinder fahren mit dem Automobil — nur Sonntags —, überhaupt muss er in allen häuslichen Arbeiten bewandert sein, oder sich aber mindestens verpflichten, in der allerwichtigsten Zeit die genannten Eigenschaften erwerben zu wollen.

Bei dieser Gruppe von Chauffeuren — den herrschaftlichen — läuft sich schwer eine feste Norm im Lohnsatz ansetzen. Das Geschäft soll sich sogar so schlecht rentieren, daß man daran denkt, die Werke zu verkaufen, ob die zum Privatvergnügen gehaltenen Luxus- und Reitpferde auch verkauft werden, konnten wir nicht erfahren.

Millionen Mark angegeben gegen 403,9 Millionen Mark i. J. 1906, so daß dieser unentbehrliche Artikel allein die Einfuhr um 75 Millionen Mark erhöht hat. Die Flachseinfuhr betrug nur 485 240 Doppelzentner gegen 643 299 i. J. 1906, die Hafteinfuhr dagegen 476 895 gegen 420 083. Die Tuteeinfuhr ist trotz des hohen Preises weiter gestiegen; sie betrug 1 544 452 Doppelzentner gegen 1 430 332 Doppelzentner im Vorjahr. Die Einfuhr von Schafwolle ist ebenfalls gestiegen. Die gesamte Einfuhr von tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen und Waren daraus betrug 2 584 070 Doppelzentner im Werte von 810 Millionen Mark, die Ausfuhr 3 303 797 Doppelzentner im Werte von 1 400 Millionen Mark (in den 10 Monaten des Vorjahrs 1 125,5 Millionen Mark). Davon entfallen auf Seide 269,4, auf Wolle 445,3, auf Baumwolle 426,5, auf andere pflanzliche Spinnstoffe 44,7 Millionen Mark.

Über den Rohstoffhandel ist bereits besonders berichtet. Hier sei nur noch kurz hervorgehoben, daß die Steinkohlenfuhr von 6,77 Millionen T. o. auf 13,73 Millionen, also auf mehr als das Doppelte, und dem Werte nach von 94,3 auf 186,7 Millionen Mark, die Steinkohlenausfuhr nur von 17,39 auf 20,06 Millionen T. o., und dem Werte nach von 219,4 auf 260,7 Millionen Mark gestiegen ist. Die Braunkohlenfuhr lag mit 8,96 Millionen T. o. um gerade 1 Million T. o. über der vorjährigen; ihr Wert ist von 57,3 auf 69,0 Millionen Mark gestiegen. Der Wert der Koksaustrahl betrug 11,2 (1906 8,3), der der Koksaustrahl 81,1 (52,6) Millionen Mark.

Für den Eisenhandel mit dem Auslande ist kennzeichnend, die ungemein starke Erhöhung der Einfuhr an Rohmaterial, der im letzten Halbjahr eine noch viel erheblichere Herabminderung der Ausfuhr gegenüberstellt. Auch die Ausfuhr von fabriziertem Eisen und Stahl zeigt in letzter Zeit zum Teil einen merkbaren Rückgang. Wie sich die gesamte Ausfuhr von Eisen und Stahl und Waren daraus in den einzelnen Monaten der letzten 5 Jahre gestaltet hat, zeigt die nachstehende Tabelle in Tonnen zu 1000 Kilogramm:

	1907	1906	1905	1904	1903
Januar	258 918	343 995	219 006	234 065	303 078
Febr.	268 977	384 321	287 701	204 831	277 070
März	297 587	274 239	271 276	251 273	321 308
April	284 360	213 237	234 758	255 785	319 761
Mai	277 443	283 063	286 587	230 111	318 050
Juni	298 208	284 287	236 607	239 836	291 534
I.	1 680 494	1 783 142	1 485 935	1 415 901	1 830 801
II.	1 771 907	1 883 761	1 864 034	1 354 988	1 649 199
Jahr	3 452 402	3 666 904	3 849 968	2 770 888	3 480 000

Hierach ist die gesamte Eisenaustrahl im Rechtsjahr um 214 502 Tonnen oder 5,8 p.Ct. geringer gewesen als im Jahre 1906. An dem Rückgang sind beide Halbjahre ziemlich gleichmäßig beteiligt, vornehmlich ist aber die Abschwächung im letzten Monat mit 40 000 Tonnen auffällig, wovon allein 38 000 Tonnen auf das Roteisen entfallen. Stark gestiegen ist die Ausfuhr von Eisenbahngütern, die 417 694 Tonnen betragen hat gegen 389 269 im Jahre 1906, 284 755 i. J. 1905 und 211 049 i. J. 1904. Argentinien allein erhielt 71 500 (1906 44 000) Tonnen, Japan 36 700 (21 000), wogegen nach England nur 20 600 (41 000) Tonnen gingen. Der Wert der gesamten Schienenausfuhr ist auf 44,15 Millionen Mark angegeben gegen 38,40 Millionen Mark i. J. 1906. Die gesamte Eisenaustrahl hatte einen Wert von 750,0 (im Jahre 1906 nach der vorläufigen Schätzung 679,7) Millionen Mark, die Eisenaustrahl einen solchen von 115,6 (88,8) Mill. Mark. Der Einfuhrwert hat also um rund 70, der Ausfuhrwert um 27 Millionen Mark zugenommen, doch werden Korrekturen der Wertziffern nicht ausbleiben.

Die übrigen Warengruppen wollen wir hier nur nach ihrer Bedeutung für den Außenhandel zusammenstellen, da wir Vergleiche mit den Vorjahren nicht vornehmen können. Von den Hauptausfuhrtarifartikeln sind heranzuhängen die Erze, Schlacken und Aschen mit 321,8 Millionen Mark (darunter Eisenerei allein mit 152,6 Millionen), die Chemikalien und Harzstoffe mit 305,4 Millionen Mark, Kupfer und Kupferwaren mit 254,6 Mineralöle, Teeröl usw. mit 127,4, Maschinen mit 78,8, Kürschnerwaren mit 53,2, Fahrzeuge mit 51,6, Bücher, Bilder, Gemälde mit 50,7, Zinn und Zinnwaren mit 47,8, Waren aus Steinen usw. mit 46,8 und Uhren mit 28,5 Millionen Mark. Unter den Ausfuhrtarifartikeln treten hervor Maschinen mit 366,5, Farben und Harzwaren mit 241,0, Chemische Grundstoffe mit 196,9, Papier und Pappe mit 177,6, Kupfer und Kupferwaren mit 166,9, Leder mit 159,9, elektrotechnische Erzeugnisse mit 153,3, Kleider und Wollwaren mit 124,9, Fahrzeuge mit 120,4, Glas und Glaswaren mit 114,4, Kürschnerwaren mit 106,6, Tonwaren mit 106,5, Bücher, Bilder, Gemälde mit 94,9, Ledertarifartikel mit 83,3, Kinderspielzeug mit 80,3 und Tonwaren (musik. Instrumente) mit 64,6 Millionen Mark. Gegenüber dem Jahre 1906 durften fast alle diese Waren eine mehr oder minder erhebliche Steigerung der Ausfuhr gezeigt haben.

Die Arbeiterschönlichkeit des preußischen Landtages.

Von Zeit zu Zeit besucht sich der preußische Landtag, diese Karikatur einer Volksvertretung, auch einmal mit Arbeitersachen. Allerdings nicht, um den

Forderungen der Arbeiterklasse Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sondern um die Arbeiter zu liebeln und ihnen in ihren wirtschaftlichen Kämpfen in den Rücken zu fallen. Die Gewerkschaften, und nicht etwa nur die freien Gewerkschaften, sondern auch die christlichen und die hirsch-dunderschen, sobald sie ernstlich an die Verbesserung ihrer Lebenslage gehen, sind den Sachwaltern der Unternehmerinteressen ein Dorn im Auge, und nirgends finden die Scharfmacher einen besseren Widerhall für ihre kulturwidrigen Pläne als im preußischen Dreiklassenparlament.

Kein Attentat gegen die deutsche Arbeiterklasse, das nicht in letzter Linie dem preußischen Landtag seine Entstehung zu danken hätte. Der Einbringung der Buchthalvorlage im Reichstag waren hochbedeutende, leider in der Deutlichkeit nicht genügend behandelte Debatten im Zuniperparlament vorangegangen. Ein konservativer Abgeordneter hatte wahre Schauermärchen von angeblichem Terrorismus der organisierten Maurer und Bauarbeiter erzählt, Schauermärchen nach Art der heute vom Reichslagerverband verbreiteten, und der damalige Minister des Innern hatte auf die offenbar bestellte Arbeit mit der Ankündigung von Maßnahmen zur Verstärkung der gesetzlichen Bezugnisse zum Schutz der Arbeitswilligen geantwortet. Als dann der Reichstag der Regierung die Buchthalvorlage vor die Füße geworfen hatte, da er hoben die preußischen Unterthaner ein großes Geschrei. Im Herrenhaus ließen sie durch den Oberscharfmacher Freiherrn von Mantius erklären, daß die Buchthalvorlage schon knapp das sei, was sie wünschten, und im Abgeordnetenhaus forderte der Abgeordnete v. Loebell, der heutige Unterstaatssekretär und Chef der Reichslager, die Gerichte sollten sich mit der Frage beschäftigen, ob tatsächlich das bestehende Gesetz ausreicht oder ob da noch Fälle übrig bleiben, die jetzt nicht von dem Strafrichter getroffen werden können, die aber unter Strafe zu stellen, Pflicht der Gesetzgebung sei.

Es ist gut, sich hieran zu erinnern, damit die Arbeiter erkennen, wo ihre Feinde sitzen, und damit sie sich nicht durch gleichnährliche Versprechungen, an denen es ja im Wahlkampf nicht fehlen wird, zur Stimmabgabe für Kandidaten verleiten lassen, die mit der Arbeiterklasse ein freudentliches Spiel treiben. Wedo doch der Kampf gegen die modernen Arbeiterorganisationen bis in die neueste Zeit hinein gepredigt! Dieselbe Gesellschaft, die über angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus nicht genug zusammen zu schwimmen weiß, führt selbst einen Terrorismus aus, wie er schlimmer gar nicht gedacht werden kann: Durch die Drohung mit der Hungerpeitsche sucht sie die Arbeiter zum Austritt aus den Verbänden zu zwingen. Wir sehen ganz ab von den zahllosen Erfassen der Eisenbahn- und Verkehrsverwaltung, die den Staatsarbeitern das Koalitionsrecht rauben, wir erinnern nur an die Aufforderung, die der Junger von Arnim erst vor wenigen Monaten an die Eisenbahnverwaltung gerichtet hat, „sozialdemokratische“ organisierte Bauarbeiter nicht mehr als Saisonarbeiter in den Staatsbahnbetrieben zu beschäftigen. Wohl gewiß, nicht organisatorisch tätige Arbeiter, sondern überhaupt jeder Arbeiter, der seiner Organisationspflicht nachkommt, soll unwiderrücklich entlassen werden. Es handelt sich dabei um Arbeiter des Bauberufs, die im Winter, wenn sie im Beruf selbst keine Arbeit finden, als Holzsäumer in den Forsten beschäftigt werden. Gütigsten die Scharfmacher vielleicht, daß die gen Himmel ragenden Dämme von den unsäglichen Leidern der Arbeiterklasse erzählen könnten?

Das neueste Heldentum der von den Scharfmachern beeinflußten preußischen Regierung, die Einführung des Legitimationszwanges für ausländische Arbeiter, ist vielleicht das Geheimwidrigste, das je eine Regierung erdacht hat. Vom 1. Februar ab muß jeder ausländische Arbeiter in Preußen einen Ausweis haben, der nicht nur sein genaues National enthält, sondern auch — die Arbeitsstelle, für die er sich verpflichtet, und nur wer eine Bescheinigung darüber bringt, daß er seine bisherige Arbeitsstelle ordnungsmäßig verlassen hat, bekommt die Erlaubnis, wo anders anzufangen. Was ist die Folge? Die ausländischen Arbeiter dürfen keinerlei Forderungen erheben, sie sind schutzlos vor Willkür ihrer Arbeitgeber überlassen. Darunter leiden naturgemäß auch die heimischen Arbeiter, die es sich, wenn ihnen fremde Arbeiter in den Rücken fallen können, zehnmal überlegen werden, ob sie in eine Bewegung eintreten können. Angeblich richtet sich diese feindliche Maßnahme gegen den Kontraktbruch ausländischer Arbeiter, in Wirklichkeit ist es ein neues Attentat auf die preußische Arbeiterklasse.

Zieht man weiter in Betracht, mit welchem Schmuck bei jedem größeren Streik die Streikenden im preußischen Landtag beworfen wurden, bedenkt man, wie hier gegen die armen Weber in Krimmischau gewittert wurde, erinnert man sich der Reden gegen die streikenden Bergarbeiter, über deren Forderungen man erst nach bedingungsloser Unterwerfung zu sprechen sich bereit erklärt, so hat man eine ungeheure Vorstellung von dem Arbeiterschutz, wie er im preußischen Landtag in Blüte steht.

Aber es gibt ja wohl auch so etwas wie Arbeiterschutz? Freilich, nur nicht in Preußen. Die Gewerbeinspektion liegt hier so darunter, wie in keinem anderen deutschen Bundesstaat, mit der Hinzuziehung weiblicher Inspektoren ist ein schwacher Umschlag gemacht, ein Versuch, bei dem es sein Bewenden haben soll. Von der Aufstellung von Aerzten und von Arbeitern in der Gewerbeinspektion wollen Regierung und Landtag nichts wissen. Das gleiche gilt von der Gewerbeinspektion. Der Bauarbeiter schreibt den preußischen „Bauarbeiter“ als das überflüssige Ding von der Welt zurück und gut, wohin man auch blüht, überall markiert Preußen auf dem Gedächtnis des Arbeiterschutzes an letzter Stelle.

Kann es anders sein in einem Staat, der die Arbeiterklasse von der Gesetzgebung und Verwaltung systematisch ausschließt?

Wollen die Arbeiter sich das länger gefallen lassen? In ihrem eigenen Interesse, im Interesse ihrer Familie, im Interesse ihrer Klasse müssen sie dafür sorgen, daß dieser kulturwidrige Zustand endlich beseitigt wird. Aber sie können sich dabei einzeln und allein auf sich selbst verlassen. Die herrschenden Klassen tun nichts, um auch nur die bescheidensten Wünsche der Arbeiter zu erfüllen. Hier heißt es: Selbst Hand ans Werk legen, selbst sich sein Geschick bereiten, auf die eigene Kraft vertrauen!

Erst wenn das Dreiklassenwahlsystem beseitigt ist und wirkliche Arbeitervertreter in den preußischen Landtag einziehen, erst dann ist der Weg geebnet, der an die Stelle des Arbeiterschutzes den Arbeiterschutz setzt.

Aus gegnerischen Gewerkschaften.

Christlicher Terrorismus.

In jeder Nummer der christlichen Gewerkschaftsblätter wird über „sozialdemokratischen Terrorismus“ geschimpft und gekannt. Wie es aber die Herren Christen machen, er sieht man aus folgendem: Der Brotsfabrikant Simmen Söhne, Essen-West, hat seit einigen Jahren mit seinen Arbeitern, welche sämtlich dem Bäckerverband angehören, einen Tarif abgeschlossen, und haben die dort beschäftigten Arbeiter die besten Logis- und Arbeitsverhältnisse in Essen, ausgenommen die Bäckerei des Konsumvereins „Eintracht“. Als die organisierten Bäcker gesellen nun in der Brotsfabrik Philippsburg auch in eine Lohnbewegung einzutreten und es zum Kampf kam, da machten die „Christlichen“, wie gewöhnlich, den Streikbrecher. Aber nicht genug damit, auch die organisierten Bäcker bei Simmen waren den Christlichen ein Dorf im Nuge. Der Vorsteher des christlichen Bäckerbundes am Orte, Karl Bies, nennt sich der Ehrenmann, wollte seiner schwindeligen Zahlstelle auf die Beine helfen, und da mußte der ebenfalls christliche, sich nebenbei „neutral“ gehärbende Konsumverein Werden mitgeholfen. Anfangs des zweiten Halbjahrs 1907 bekam Herr Simmen ein Schreiben vom Konsumverein Werden, er könnte Brot liefern und dabei ein schönes Geschäft machen! Und Herr Simmen lieferte Brot bis zum 1. März. Da wurde mit einmal abgestellt. Weshalb? Weil Herr Simmen sozialdemokratische Arbeiter beschäftigt! „Ja, Herr Simmen, wenn Sie christliche Gesellen beschäftigen, dann bekommen Sie die Lieferung sofort wieder!“ Nebenbei ist der Vorsteher des christlichen Bäckerbundes zu Herrn Simmen, um auf ihn einzumachen, er sollte Christen einstellen. Also — Herr Simmen hat einen Tarifvertrag abgeschlossen, laufend auf noch zwei Jahre, und da kommen die „Christen“ und verlangen, er solle den Tarif brechen! Herr Simmen hat das nicht getan, sondern auf die Zukunft des Konsumvereins Werden verzichtet. An seiner Stelle liefern jetzt die Brotsfabrikanten Philippsburg und Adelstorp, welche zwar keine Arbeiterfreunde, aber doch wenigstens Zentrumslieute sind. Wenn dieselben auch keinen Lohn- und Arbeitstarif in ihrem Betriebe haben, so doch lange Arbeitszeit und alle möglichen Missstände.

Christliche Verleumdung.

Die Gewerkschaftsstimme, das Organ des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes (Sitz München), berichtet in der Nr. 9 über die Aussperrung der Steinarbeiter in Meißen. Das Blatt behauptet, die Aussperrung hätte dem Steinarbeiterverband 150 000 M. gekostet. Das Verbandsorgane, „Der Steinarbeiter“, stellt nun richtig, daß die Kosten sich auf 10 920 M. belaufen und daß die Gewerkschaftsstimme die Kleinigkeit von 139 080 M. hinzugelogen hätte. Natürlich sollte damit die Steinarbeiterorganisation diskreditiert werden. Nun kommt noch eine schreckliche Handlungswise der Gewerkschaftsstimme; nämlich sie schreibt neuerdings: „Am Kampf hätten 250 Steinarbeiter teilgenommen, 26 Wochen dauerte derselbe, ergo trifft auf einen Ausgesperrten eine wöchentliche Unterstützung von 1,67 M.“ Das Blatt weiß aber ganz genau, daß von der vierten Woche ab nur noch 14 bis 16 Mann zu unterstützen waren, denn die übrigen reisten alle ab. Der Steinarbeiterverband hat den Ausgesperrten erhöhte Unterstützungen gewährt und die Darstellung des „christlichen Blattes“ ist nichts als Schwindel. Die Gewerkschaftsstimme übertrumpft also den Reichsverband noch um ein beträchtliches. Da ein Centralverband Aussperrung mit einer Wochenunterstützung von 1,67 M. absperrt, ist eine so blöde Verleumdung, daß eine weitere Kommentierung überflüssig ist.

Ein christlicher Arbeitersekretär als Prügelheld.

In Weiden fand vor einigen Monaten eine christliche Festlichkeit statt, bei der die christlichen Häuptlinge auch einen Mann sahen, dessen Gesicht ihnen nicht bekannt war. Das mußte unbedingt ein „Toten“ sein. Als der Gast eine Weile mithäuslich beobachtet worden war, fiel plötzlich einer der Christen über ihn her, packte ihn an der Gurgel und wollte ihn zur Tür schleppen. Der überfallene erwischte auf diesem Transport einen Bündholzständer, den er seinem Bedränger an den Kopf schlug. Nun stürzte sich eine ganze Horde, unter Führung des Arbeiterssekretärs Salomon, auf den Eindringling, der darunter bearbeitet wurde, daß er blutüberströmmt in seine Wohnung gebracht werden müßte. Dieser Tage hatte sich der Arbeiterssekretär Salomon vor Gericht in Weiden wegen Körperverletzung zu verantworten. Er wurde zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, während der Staatsanwalt drei Monate beantragt hatte. Dieser Herr Salomon ist einer von denjenigen Oberchristen,

die gar nicht genug über die Stolheit und den Terrorismus der Sozialdemokraten schimpfen können.

Der christliche Wolf.

Einem dringenden Bedürfnis — des Verfassers nämlich — entsprechend, erscheint soeben eine neue christliche Agitationsproschrift. Das bedeutende, zwei Bogen starke Werk führt den Titel: Geistige Waffen im Kampfe um Prinzipien. Bearbeitet von Johannes Wolf. Dieser Herr Wolf ist Redakteur der Gewerkschaftsstimme, des Organs des christlichen Hilfsarbeiter-Verbandes. Er hat sich, als er seiner Zeit von Norddeutschland her importiert wurde, gleich mit einer hübschen Blamage hier eingeführt, indem er in einer Dienstbotenversammlung über das preußische Gesinderecht sprach. Ein Sozialdemokrat musste ihn erst belehren, daß für Bayern das preußische Gesinderecht nicht maßgebend ist. Seitdem scheint Herr Wolf nichts hinzugeleert zu haben. Seine Proschrift ist nichts weiter als eine Sammlung von Absallbrocken aus einem der Münchener-Gladbacher Blätterfächer. Als Schriftsteller ist Herr Wolf ein ebenso blutiger Dilettant wie als Redakteur. Dabei besitzt der Mann aber noch einen besonderen Charme. Er möchte gerne den kleinen Jesuiten spielen. Im Vorwort zu seiner Schrift sagt er, er wolle „den einstötigen Arbeitern, gleichviel welcher Richtung, den Weg zu einem friedlichen Auskommen miteinander zeigen“. Wie Wolf seine Mission als „ehrlicher Mäster“ aussieht, soll nur durch ein einziges Beispiel beleuchtet werden.

Auf Seite 17 behauptet Wolf, von den Sozialdemokraten (gemeint sind die sozialdemokratischen Gewerkschaften) werde dem Meissnermord das Wort geredet. Seine Beweisführung sieht so aus:

Auf der Tagung der Vereins für Frauenstimmrecht zu Frankfurt a. M. im Jahre 1907 hat ein Freudenthal Heymann angeblich ausgeführt:

Gesche für Verneigung löx p e r -
lich' und geistiger Kuppel müssen
geschaßen werden. In Hamburg besteht
eine Anstalt für 200 Arzneipflanzen und
Fleischmassen, bei deren Anblick man sich geradezu entsetzt.
Die Pflegerinnen von solchen Fleischmassen ohne
Hände und Füße sind geistig völlig untergetreten.
Ich ging mit gesundem Menschenverstand in
die Anstalt, fragte mich aber bald: Hier ein großes
Haus und ein herrlicher Garten für denk- und fühl-
lose (!) Fleischmassen, drückten auf der Straße
gefundene Arbeiterkinder ohne Pflege und ohne ge-
nugende Ernährung. Man darf sich nicht
davor scheuen, diese zu erlassen,
um solche Fleischmassen aus der
Welt zu schaffen.“

Nun hat der Verein für Frauenstimmrecht weder mit der sozialdemokratischen Partei noch mit den freien Gewerkschaften etwas zu tun. Das weiß — ausnahmsweise — auch Herr Wolf. Er sagt selbst, dieser Verein sei sogar ein politischer Gegner der Sozialdemokratie, aber — nicht in bezug auf ihre Weltanschauung. Beide stehen auf dem Boden des Materialismus. Dem Menschenmord redet man also offen das Wort.

Dieses „also“ macht sich besonders gut.

Diese „Beweisführung“ zeugt von einer so groten Frechheit, daß man sich darüber nicht einmal entrütteln kann.

Wollten wir mit den gleichen Mitteln arbeiten, so könnten wir — mit größerem Rechte — behaupten, daß die christlichen Gewerkschaften dem Fürstenmord das Wort reden. Der heilige Thomas von Aquin hat erklärt: „Da man an keine höhere Instanz sich wenden kann, durch welche der Tyrann gerichtet werden könnte, so wird mit vollem Recht der gelobt, welcher zur Befreiung des Vaterlandes den Unterdrücker tötet.“

Der heilige Thomas von Aquin war zwar nicht Mitglied einer christlichen Gewerkschaft, aber beide haben die gleiche Weltanschauung. Beide stehen auf christlichem Boden. Dem Fürstenmord redet Herr Wolf „also“ offen das Wort.

Die Rückung „gelber“ Gewerkschaften wollen die Industriemagnaten noch stärker als bisher betreiben. In einer vor einigen Tagen in Köln unter Vorsitz des Geheimen Kommerzienrats und Landtagsabgeordneten Julius Vorsien abgehaltenen Versammlung des „Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln“ betonte der Geschäftsführer Paul Steller in seinem Jahressbericht, daß die Arbeitsverhältnisse, die unter dem Einfluß der guten Geschäftslage in den letzten Jahren sich schärfer zugespitzt gehabt hätten, jetzt naturngemäß für die Unternehmer günstiger geworden seien. Doch sei mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß bei Wiederkehr besserer Betriebsverhältnisse die Arbeiterschaft wieder einen schrofferen Standpunkt einnehmen werden. Daher sei es eine Hauptaufgabe der Industrie, die Heranziehung und Heranbildung von Arbeitskräften zu betreiben, die gewillt seien, mit den Arbeitgebern eine Verständigung zu suchen, anstatt sie zu erlämpfen. Die Förderung der sogenannten gelben Gewerkschaften, das heißt: patriotischer und industriefreudlicher Arbeitervereinigungen, sowie die Heranziehung deutscher Arbeiter aus dem Auslande müsse eine der wichtigsten Aufgaben sein! Daß die Arbeiterschaft in Deutschland alle Ursache habe, mit den Verhältnissen zuzreden zu sein, geht aus den statistischen Nachweisen hervor, wonach der Durchschnittslohn der Industriearbeiter stärker gestiegen sei wie der Preis der Lebensmittel, sowie aus der direkten und indirekten Steuerbelastung, die in Deutschland niedriger sei wie in anderen Industriestaaten“ und so weiter.

Man weiß nicht recht, ob man über die Unterschämtheit, mit der hier die Lage der Industriearbeiter auf den Kopf gestellt wird oder über den Christismus, mit dem die Heranziehung ausländischer Arbeiter und die Heranbildung gelber Gewerkschaften ge-

fordert wird, mehr empört sein soll. Die Erklärung der „Gelben“ zu „patriotischen“ Vereinigungen könnte zum Lachen reizen, wenn man mit einem solchen „Patriotismus“ nicht Müllers empfinden oder sich vor ihm erschrecken würde. Die Industriearbeiter stehen dem arbeiterklasse in nichts nach. —

Sturz einer gelben Stütze.

In den Schulerwerben zu Nürnberg werden mächtige Anstrengungen gemacht, um die Arbeiter für die gelbe Organisation zu gewinnen. Ein gelber Agitator, der den Bund, das Blatt des Leibniz, offiziell zu vertreten hat, wurde vor einigen Tagen wegen sittlicher Vergehen, begangen an Kindern, verhaftet. Er wurde zwar wieder freigelassen, aber die Untersuchung nimmt ihren Fortgang. Die Frau dieses Helden hat sich aus Kummer über ihr zerstörtes Familienleben selbst entlebt, indem sie sämtliche Gasbähne ihrer Wohnung öffnete und an Gasvergiftung starb.

Aus unserem Beruf.

Automobilführer.

Berlin. Unser Sydikus, Herr Reichskommissar Dr. Wilh. Gutsfeld, hielt in unserer letzten Versammlung einen trefflichen Vortrag über „Die Gerichtsentscheidungen gegen Automobilführer“. Anfangs seiner Ausführungen erläuterte der Redner, wie unrecht es ist, daß die Droschken- sowie Automobilfahrer unter einer scharfen Polizeiaufsicht stehen. Die Fahrer wären schon selbst bestrebt, ihren guten Ruf zu wahren, man sollte ihnen nur die nötige Bewegungsfreiheit zugeschaffen. Die Polizeiaufsicht wird als um so ungerechter empfunden, als doch die Polizei von vornherein mit Argusaugen darüber wacht, daß der im Beruf eintretende Führer unbescholt und nicht bestraft ist. Während der Ausführung seines Berufes im Verkehr, sieht nun der Automobilführer ununterbrochen im Kampfe mit den Ansichten und Auffassungen des Schuhmanns und Gendarmen. Daher kommt es auch, daß die Führer diese Begegnungen vielfach als ihre Feinde brachten. Es ist bezeichnend, daß, wenn ein Automobilführer eine Kontravention mit dem Publikum hat, in den seltsamsten Fällen von privater Seite Strafantrag gestellt wird. Immer besorgt dies der Schuhmann. Dem Schuhmann wird aber vor Gericht häufig mehr Glauben geschenkt als irgend jemand aus dem Publikum, weil die Gerichte vielfach annehmen, daß der Schuhmann sich durch seine fortgesetzte Übung eine schärfere Beobachtungsgabe angewendet hat. Daher kommt es auch häufig vor, daß die Führer trotz mehrerer günstiger Zeugenaussagen, gegen den Eid des Schuhmanns vor Gericht nicht als glaubwürdig erscheinen. Es gibt aber auch im Automobilverkehr nichts unantastbares, als das Publikum selbst. Häufig wird der Führer durch die Fahrgäste erst zu hoher Geschwindigkeit angetrieben und wenn dadurch ein Unglück geschehen, dann ist es schwer, jemand als Zeugen zu bekommen. Will aber der Führer vor Gericht sein Recht erlangen, was ihm, wie schon angeführt, so wie so schwer fällt, dann muß er unter allen Umständen dafür sorgen, daß er Zeugen hat. Vor Gericht besteht heute schon eine gewisse Animosität gegen die Führer, als Folge der vielen Anzeigen über zu schnelles Fahren. Der Richter ist aber an das Gesetz gebunden und richtet sich bei Abfassung eines Urteils nach den bestehenden Vorschriften. Redner erläuterte an einigen Beispielen die Auffassung der Schuleute bei Geschwindigkeitsabmessungen, wobei immer der gestreite Trab eines Pferdes zu grunde gelegt wird. Ebenso führt der Redner Beispiele über die Unachtsamkeit des Publikums an, wie gedankenlos z. B. bei dem heutigen großen Verkehr selbst alte Frauen oder auch lästige Männer über den Fahrdamm gehen. Da kann denn der Automobilführer noch so ruhig fahren; kommt etwas vor, dann wird von derartigen Leuten immer gesagt, der Führer sei zu schnell gefahren. Darauf schilderte der Redner ausführlich das Verfahren vor Gericht bis zum Kammergericht, welches letzteres die Urteile des unteren Gerichts nur daraufhin zu prüfen hat, ob sie eine Rechtsverletzung enthalten, nicht aber noch Zeugen vernehmen kann. Deshalb muß der Angeklagte stets alle seine Zeugen sofort benennen, denn nur vor den unteren Gerichten darf durch Zeugenübernehmung der Sachverhalt gefärbt werden. Bei der Beantwortung der Zeugenaussagen darf das Gericht nur darauf etwas geben, worauf der Zeuge sich noch selbst bestrafen kann. Dagegen hält der Redner es für unzulässig, ein Urteil, wie es vorgekommen sei, auf der Aussage eines Schuhmannes aufzubauen, welcher seine bei dem betreffenden Vorfall gemachten Notizen beschwört, ohne sich selbst auf die Situation überhaupt noch bestimmen zu können. Es könnte doch so gut wie bei jedem anderen Menschen vorkommen, daß sich der Schuhmann bei seinen Aufzeichnungen geirrt hat. Beider Wissen auch viele Kollegen nicht, wenn sie vor Gericht kommen, wie sie selbst ihre Verteidigung einrichten sollen und lassen sich oft durch Fragestellungen und Vorhaltungen der Zeugen beeinflussen. Auch fragen zu der Herausstellung des Unrechts der Automobilfahrer die Zeitungsberichte viel bei. Es wird bei Vorlesungen von der Presse und dem Publikum häufig von vornherein und ohne genaue Prüfung gegen den Führer geurteilt ganz gleich, ob derselbe schuldig oder unschuldig ist. Redner führt dabei mehrere Beispiele an und erläutert die Anwendungen bei vorkommenden Unfällen, wie die Ruhe zu bewahren und stets die Menschheit hervorzuheben. Zum Schlussermahnt er die Automobilführer, trotz der mancherlei Ansiedlungen und der strengen Abwendung vor kommender Überbelastungen, die Freude an ihrem Beruf nicht zu verlieren, da ihr

Stand ein wichtiger und unentbehrlicher Faktor im großstädtischen und gewerblichen Leben überhaupt sei.

Weicher Beifall lohnte den Redner für seine belehrenden Ausführungen. Eine lange und sächliche Diskussion, worin der Herr Referent noch viele Fragen beantworten mußte, folgte dem Vortrag. Ein großer Teil von ungerechten Polizei-Verordnungen, Strafen und Gerichtsurteilen wurden angeführt. Von mehreren Rednern wurde unter Beifall die passive Resistenz empfohlen, um sich gegen die Willkür von Seiten der Behörden, Publikum und Gerichte zu wehren. Nachdem noch einige Berufsausgelegenheiten erledigt und mehrere Kollegen, Geschäftsführer wie Privat-autoführer im Verband aufgenommen, trat Schluß der stark besuchten Versammlung ein.

Köln. Der Schatten der Berliner Firma „Bodag“ spulte ein Miniatur auch in Köln a. Rh. herum. Ist es bei jener der Herr Inspektor Lappe, der die Verschlechterung der Lebenslage seiner Fahrer als seine Lebensmission zu betrachten scheint, so ist es hier der Herr „Betriebsingenieur“ Böttcher, der dasselbe zu tun für nötig hält. Seit Beginn seiner Tätigkeit haben die Kollegen Fahrer stets Grund zu klagen gehabt. Hatte man sich bereits an die abstoßend grobe Behandlung gewöhnt, so schlug es doch wie ein Blitz aus heiterem Himmel unter die Kollegen ein, als am Donnerstag, den 12. ds., allen Kollegen laut Anschlag die Kündigung unterbreitet wurde. Durch diese Radikalität wollte Herr Böttcher einmal Schluss machen mit der alten Herrlichkeit. Den Fahrern wurde mitgeteilt, daß am Freitag eine Neuordnung des Betriebes eintrete. Zu diesem Zweck hat die Betriebsleitung jedenfalls unter dem Bumm-Bum der Karnevalstage, eine Betriebsordnung ausgeheckt, welche wir der Originalität wegen später an dieser Stelle veröffentlichten werden. Offenbar hat man ein ganzes Scharteinklager alter Betriebsordnungen durchgeführt, um Betrieb genug zusammenzufinden, womit man die erbärmliche Verschlechterung der Löhne verschleiern konnte.

Die Betriebsleitung hatte vor lauter Wohlwollen das neue Lohnsystem so geregelt, daß nicht mehr wie bisher der feste Lohn von 18—24 Mk. wöchentlich mit 5 p.C. der Einnahmen betragen soll, sondern beschlossen, nur noch 18 bis 18 Mk. mit 10 p.C. der Einnahmen zu zahlen. Leider aber hatten die Herren ihre Rechnung ohne die Fahrer und ohne den Verband gemacht. Offenbar hat man die Kollegen zu überrumpeln versucht, daher die plötzliche Wendung. Jedoch ließen sich die Kollegen nicht verblassen. Allzu gut erkannten sie, daß die Neuregelung nichts weiter bedeutet, als die Umwandlung des festen Lohnes in Prozente. Weiter erkannten sie, daß die höchste Lohnstufe, vor welcher die meisten Kollegen auf Grund ihres Dienstalters stehen, überhaupt nicht mehr erreicht wird. Kurz entschlossen, lehnten es sämtliche Kollegen ab, ihre überdies schon traurige Lage noch zu verschlechtern. Vergebens mührte sich der Herr Betriebsingenieur ab, der Lohnkommission sowie dem Vertreter des Verbandes klar zu machen, welche Vorteile den Fahrern durch das neue System geboten würden. Da auf solche Vorteile nun beharrlich verzichtet wurde, kam es zu einem zweitägigen Ausstand. In dieser Zeit hat der Herr Betriebsleiter hoffentlich Gelegenheit genommen, darüber nachzudenken, auf welche Weise man wirtschaftet, um, ohne den Hungerketten der Autofahrer anzustehen, einen Betrieb rentabel zu machen. Sollte er es indessen noch nicht entdeckt haben, so stehen wir zur Besicherung darüber gern zur Verfügung. Auch möchten wir Herrn Böttcher raten, seine Lohnmodellationen lieber nicht nach fremdem Muster zu studieren. Das Verkehrswein der verschiedenen Städte ist grundverschieden. Es ist kein Heringsteller, in welchem man aus Schotten Engländer oder aus Sprotten Oelsardt macht. Vor allem ist es nicht angebracht an der verkehrten Stelle, wie hier am Lohn, zu sparen. Das scheinen die Finanziers der Gesellschaft mit klarerem Blick als Herr Böttcher erkannt zu haben. Diese Herren haben wohl auch bewußt, daß der kleine Zwischenfall in Herrn Böttchers Posse mit dem Verhalten der alten Verhältnisse endigte. Man ist nun nach so schlau wie zuvor. Nur hat die Gesellschaft durch das Ruhm des Vertriebes einen ganz erheblichen Schaden erlitten, den sie der Rechenkunst des Herrn „Betriebsingenieurs“ verdankt mag. Auch seine Rechnung, bei dieser Gelegenheit die ihm unliebsamen Fahrer los zu werden, ist nicht recht gegückt. Herr Böttcher hat recht, wenn er sagt: „Mit unseren Leuten wäre ich schon fertig geworden, nur hätte mir hier nicht der Verband kommen müssen!“ Entschuldigen Sie, Herr Böttcher, daß wir geboren sind. Sollten Sie wieder einmal etwas brauchen, so stehen wir gern zur Verfügung. Wir hoffen, daß der kleine Zwischenfall eine Lehre gewesen sein mag für beide Teile. Die Betriebsleitung mag erkennen, daß die Autofahrer auch zum Betrieb gehören. Soll dieser Betrieb rentabel sein und werden, so ist anständige Behandlung und Entlohnung Voraussetzung. Die Fahrer mögen erkennen, daß Einigkeit stift macht. Läßtlicherweise war diese Einigkeit der Kollegen in diesem Techelmachet musterhaft. Möge die Zugehörigkeit zum Verband fördernd weiter helfen in dieser Beziehung, so wird uns jeder Angriff gewappnet finden.

Bierfahrer.

Hamburg. Die Sektionsleitung der Bierfutscher hat an ihre Mitglieder einen beachtenswerten Aufruf gerichtet, in welchem es u. a. heißt: „Unsere Kollegen leiden fast alle unter der Unsitte des Trunkschwanges. Bei den meisten Abnehmern des Bieres, seien es Händler oder Wirt, fühlt sich der Kutscher aus Geschäftsrücksichten verpflichtet, bei jeder Lieferung etwas zu verzehren. Legen wir uns nun die Frage vor, ob der Bierfutscher so viel verdient, um derartige hohe Ausgaben bestreiten zu können, ohne daß seine Familie darunter leidet, so müssen wir in den meisten Fällen nein sagen. Für manchen Kollegen hat dieses System schon schlimme Folgen gehabt, indem er wirtschaftlich dadurch ruiniert wurde. Alle modernen Arbeiterorganisationen sind bestrebt, ihren Mitgliedern einen höheren Anteil an den Gewinnen, die Kunst und Wissenschaft den Menschen bieten, zu verschaffen. Leider aber ist der größte Teil unserer Kollegen nach vollbrachtem Tagwerk und dem nur allzu häufig

übereichlichen Genuss von Alkohol unfähig, diese Bestrebungen ausüben zu können. Es ist dringend notwendig, daß Ihr energisch Hand ans Werk legt, diese unvördigen Zustände zu beseitigen. Sorgt dafür, daß das Interesse für Eure Organisation geweckt und gestärkt wird! Dann wird es Euch auch möglich sein, zu erreichen, daß Ihr den Nutzen aus Eurer schweren verantwortungsvollen Arbeit selbst ziehen könnt und daß nicht, wie es jetzt größtenteils der Fall ist, Leute, für die Ihr richtig genommen, die Arbeit noch mit verrichtet, das Fett abhängen. Bedenkt, daß mir durch Mitwirkung jedes einzelnen dieses Ziel zu erreichen ist! Jeder mache es sich zur Pflicht, diese Unsitte aus unserem Berufe zu beseitigen!"

Droschkenführer.

München. Zum Droschkenführer und Chauffeurkreis. Das offizielle Organ des Centralverbandes deutscher Arbeitgeber im Transportgewerbe "Das Wort" druckt in Nummer 6 vom 15. März, nachstehende Nachricht ab, die von A bis 3 erlogen ist.

"Aus München geht uns eine Nachricht über den dortigen Streit der Auto- und Pferde-Droschkenführer zu, welcher wieder einmal ein frisches Beispiel für den gewerkschaftlichen Terrorismus bietet. Trotzdem die Führgehilfen sich mit den ihnen vom Verein Münchener Kraft-Droschkenbesitzer bewilligten Lohnsätzen vollkommen zufrieden erklärt hatten, konnte eine Einigung dennoch nicht zustande kommen, einfach weil es die Arbeiterorganisation nicht wollte. Mit Gewalt wurden die ungesittigten Gehilfen zum Beitritt gezwungen. Auf den Standplätzen, im Stall und in den Gasthäusern wurden sie mit dem Messer bedroht; „erschlagen sollte man Euch“, so wurde ihnen zugerufen, „ein Besitzer darf Euch länger im Dienste behalten, sonst wird er boykottiert“. Durch solche Verhetzung ist das bisherige gute Einvernehmen zwischen Führherren und Gehilfen in Uneinigkeit und Spiecht verwanbelt. Und wer trägt den Schaden? Natürlich die vergewaltigten Gehilfen; denn die Unternehmer sind fest entschlossen, dem sozialdemokratischen Übermut eine gründliche Niederlage zu bereiten."

Wenn irgend etwas von den angeführten Fällen wahr wäre, so dürfte man versichert sein, daß es in den Münchener bürgerlichen Blättern weidlich ausgeschäflicht würde. Es stammt dieser Lügenleim lediglich aus der Feder des Herrn Holzmaler, der den Beweis hierfür schuldig geblieben ist. Der Streik wurde mit einer Ruhe und Besonnenheit geführt, die den Droschkenführern und Chauffeuren alle Ehre macht. Daß das Scharfmacherorgan eine betrügtige Notiz mit Freuden abdrückt, ist uns leicht verständlich. Sie sprechen von Terrorismus, ohne daß ihnen die Schamröte ins Gesicht steigt. Gerade die Scharfmacher waren es, die von ihren Mitgliedern verlangten, die Leute wieder auszuwerfen, die nach Beendigung des Streits bereits in den Dienst getreten sind. Zwei von den Besitzern, welche sich dem Einigungsbeschluß nicht stellten, wurden nach allen Regeln der Kunst bearbeitet, jedoch ohne Erfolg. Viele Besitzer erklärten, daß sie froh wären, wenn sie aus diesen Gefilden befreit wären. Der Scharfmachersstandpunkt eines Herrn Kindl und Holzmaler, läßt dies nicht zu. Nachdem uns nicht eine einzige Anzeige bekannt geworden ist, müssen wir betrügtige Verdächtigungen, wie sie von den Herren Arbeitgebern verbreitet wurden, als eine bewußte Lüge bezeichnen.

Fensterputzer.

Auf die Kollegen Fensterputzer. In einer der letzten Nummern des Centralorgans des Arbeitgeberverbandes mit dem langen Namen, gen. "Fensterreinigungs-Institutshaber Deutschlands", schimpft ein Herr Dallal in Hamburg weidlich darüber, daß es seine Kollegen beim Königsberger Fensterputzerstreit nicht so wie in Hamburg gemacht haben und er meint, daß doch das Hamburger Beispiel ohne weiteres für alle Städte Deutschlands hätte maßgebend sein müssen. Das heißt also: wenn irgend ein Bürgerstreit austrückt, so müssen die Institutshaber ihre bedrängten Geschäftskollegen eigenhändig aus der Tasche helfen. Wenn es nach der Ansicht des Herrn Dallal geht, so können wir also in Zukunft erleben, daß die Streikbrecher sich nicht mehr aus den Reihen unserer Kollegen, sondern aus den Reihen der Unternehmer rekrutieren und das eröffnet uns nette Perspektiven. Götlich wäre es aber anzusehen, wenn dann vielleicht zu gleicher Zeit in verschiedenen Städten die Kollegen Fensterputzer vom Streikfeuer erfaßt würden und die Unternehmer vor Angst und Bange nicht wüssten, in welcher Stadt sie zuerst ihre nobile Passion ausüben sollten. Und damit hat wohl Herr Dallal nicht gerechnet. Ja, ja, die bösen Sozis, sie gehen auf alles aus und versetzen ihm die schwine Suppe, die er sich so herrlich hergerichtet hatte — Deshalb, Kollegen Fensterputzer, nicht irre machen lassen, ein Herr Dallal kann uns nicht — mag er sich drehen und winden wie er will.

Ein Hällescher Kollege.

Handelsarbeiter.

Früherer Schalterschluß bei den Postämtern. Das Verkehrsministerium hatte dem Magistrat eine Befürchtung zugeleitet, in welcher Bezug genommen wurde auf den in der Räumung ausgesprochenen Wunsch, den vertraglichen Schalterschluß von 8 Uhr auf 7 Uhr zu verlegen. Das Ministerium bemerkte dazu, es wäre hierfür zu haben, wenn sich die Beteiligten dazu äußern würden. Aus Stuttgart und Ulm war von guten Erfahrungen mit dem 7 Uhr-

Schluß berichtet worden. Deshalb war das Ministerium geneigt, in einigen größeren Orten, wo es angängig erscheint, den 7 Uhr-Schalterschluß einzuführen.

Der Magistrat ging das Bezirksremium um Meinungssicherung über die Frage an und das Rremium sprach sich im Interesse des Fürther Handels und der Industrie gegen die Herabsetzung der Schalterstunden und sei es auch nur versuchsweise aus. Es begründete dieses Urteil damit, daß Nachmittags bei den Geschäften noch Bestellungen eingingen, die bis 7 Uhr nicht mehr effektuiert werden könnten. In Stuttgart und Ulm sei das anders, dort würden nur Waren versendet, die mit der Bahn befördert werden, in Fürth seien es aber gerade Postware. Diesem Gutachten hatte der Magistrat nichts zu zusehen, in dem Sinne wird an das Ministerium berichtet werden.

Es häufen sich die Fälle immer mehr, die bezeugen, daß Behörden zu Fortschritten geneigt wären, aber das Bürgertum hat kein Verständnis darüber. Bei aller Hochachtung von der Sachkennnis des Bezirksremiums darf zu seinem Gutachten doch bemerkt werden, daß es sehr wohl gewußt haben wird, warum es sich auch gegen die versuchsweise Einführung des Schalterschlusses um 7 Uhr ausgesprochen hat. Der Versuch hätte vielleicht das Resultat zeitigen können, daß sich die Sache machen ließe. Es will nicht recht einleuchten, warum des nachmittags eine laufende Bestellung nicht ebenso gut eine Stunde früher erledigt werden könnten. Zu spät einlaufende werden in dieser Stunde ja doch nicht mehr effektuiert. Es ist das Gleiche wie mit der Lieferung in den Fabriken und Werkstätten. Da ist selbst in den größten Fabriken alles so eingerichtet, daß die Kommissionen gerade bis zum Samstag und zwar alle kurz vor Feierabend fertig werden. Beim Kleinmeister sagt man, er brauche von den Exporthäusern das Geld, um die Arbeiter auszahnen zu können, der Großfabrikant handelt aber nicht anders und bei ihm trifft dieser Grund nicht zu. Es, liegt eben in der Gewohnheit und an einem früheren Schalterschluß würde sich das Publikum auch gewöhnen.

Der Achtuhrladenschluß marschiert. Der gänzliche oder teilweise 8 Uhr-Ladenschluß wurde in nachstehenden Orten eingeführt: Alsfeld, Altenstein, Annaberg, Deutsch-Lissa (Oktober-März), Fürstenwalde, Grimma, Hörsingen (1. 11. bis 31. 3.), Ilmenau, Luckenwalde, Lüdenscheid, Maststatt-Burbach, Markranstädt, Merseburg, Ober- und Niedermelleben (Herr. Hamm), Penzig, Rinteln, Saarbrücken-St. Johann, Wanzenbach (1. 10. bis 31. 3.), Wittstock, Wreschen (für die Befestigungsfirmen) Zellerfeld.

Die oberfränkische Kreisregierung hat verfügt, daß im Stadtbezirke Bayreuth ab 15. April alle öffentlichen Verkaufsstellen, ausgenommen Konditorei und Bäckereienhandlungen, an den Werktagen um 8 Uhr abends zu schließen haben. Als Ausnahmetage sind zugestanden die Vorabende der Sonn- und Feiertage, alle Werktage im Dezember und während der Zeit der Wagner-Festspiele.

Chemnitz. In weiten Kreisen hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß den berufsmäßigen Stellenvermittlern, welche fast ausnahmslos die Notlage armer Arbeitsuchender in skrupelloser Weise für sich nutzbar zu machen suchen, das Wasser abgegraben werden muß.

Die unentgeltlichen Arbeitsnachweise der Gewerkschaften haben sich als überaus wichtige Einrichtungen, dem professionellen Stellenvermittlertum entgegen zu halten, erweisen. Auch die fast an allen größeren Orten errichteten "Städtischen Arbeitsnachweise" haben ihre Entstehung dieser Erkenntnis zu verdanken.

Wenn nun, wie hierorts, unentgeltliche Arbeitsnachweise für alle Berufsgruppen zur Verfügung stehen, muß man sich wundern, daß es trotzdem noch Unternehmer gibt, die ihre Lustigkeit zu berufsmäßigen Stellenvermittlern nehmen und dafür Geld ausgeben; unsomehr zu einer Zeit, wo Arbeitskräfte ausreichend vorhanden sind.

In der Nummer vom Donnerstag, den 12. März der Allgemeinen Zeitung, wurde durch den Stellenvermittler Fahn eine Markthelferstelle ausgeschrieben. Einem sich meldenden Kollegen wurde eröffnet, daß er 8 Mark (wöchentlich acht Markt) zu zahlen habe, falls er die Stelle bekommen wolle. Eventuell könnte die Summe auch in Raten bezahlt werden. Wie glücklich! Dabei war dieser Herr nicht imstande, zu sagen, welcher Lohn in dieser Stelle zu verdienen sei. Natürlich hat es der betreffende Kollege abgelehnt, diese Stellung anzutreten, in welcher er schließlich den ersten halben Wochenlohn dem Vermittler in den Hals werfen müßte.

Jedenfalls geht aus obigem recht deutlich hervor, daß der Weizen an den Herren Stellenvermittlern am schönsten blüht, je größer die Notlage, je größer die Arbeitslosigkeit der Arbeiter vorherrscht. Ein armer Teufel hat sich schließlich doch gefunden und die 8 Mark geopfert.

Den Kollegen erwächst aber die Pflicht, jede Ihnen bekannte Balanz sofort dem Verbandsarbeitsnachweis zu melden. Die etwa entstehenden Unkosten durch Vorstoß werden gern zurückerstattet.

Kempten. Nicht wegen Lohnforderung wurden die Freiorganisierten ausgesperrt, beteuerten die Kaufhändler in Kempten und auch in den anderen Orten, sondern weil man keine Sozialdemokraten in der geheiligten Metropole des Allgäus ziehen wolle. Das aber der Geldbeutel doch näher liegt als die Politik, hat der Omann der Kästneräume zum wiederholten Male bewiesen. Die Qualität der Arbeitswilligen, welche mit Hilfe der Einläufer und sonstigen Streikbrecheragenten in allen Winkeln des Bayernlandes zusammengetrommelt wurden, müssen den Erwartungen nicht entsprochen haben, sondern das Gegenteil dürfte der Fall sein. Die braven Arbeitswilligen mußten

zum großen Teile die Erfahrung machen, daß ihre Herren Prinzipale die schönen Versprechungen längst vergessen haben und daß selbst der Vorstand der Kästneräume, Elhart, bedeutend unter den ehemaligen kaufmännischen Löhnern bezahlt, auch wenn die Brüder keine Sozialdemokraten sind. Eine besondere Taktik bringt die Firma Victor in Anwendung, indem sie bestrebt ist, Arbeiter von verschiedenen Gesinnungen zu beschäftigen, um sie gegeneinander hetzen zu können. Auch der Kästneräume Johann Hindelang glaubt dazu geboren zu sein, die Organisation der Arbeiter mit Stumpf und Stiel auszutrotten; er tritt desto eifriger für seinen Arbeitgeberverband ein. Den Herren scheint es nicht bekannt zu sein, daß einer der übrigen im Reichstage erklärt: vor einem Arbeiter, welcher sich sein Koalitionsrecht nehmen läßt, habe er keinen Respekt. Wenn die Herren wie bisher weiter machen, muß der Dümmler erkennen, daß der Kampf gegen die Organisation nur zur Schonung des Profits geführt wird.

Nürnberg. Achthuhr-Ladenschluß. Unter den heutigen Geschäftsleuten ist eine Bewegung zur Durchführung des Achtuhrladenschlusses im Gange. Es hat sich ein Ausschuß gebildet, der einen Aufruf erläßt, worin es heißt:

"In weit mehr als 200 Städten unseres Vaterlandes ist der 8 Uhr-Ladenschluß durch Anordnung der zuständigen Behörden eingeführt. Überall sind die Ladeninhaber mit dieser Maßnahme sehr zufrieden. Warum sollten sie auch nicht?

Der 8 Uhr-Ladenschluß gestattet uns, am Licht und an der Heizung zu sparen.

Der 8 Uhr-Ladenschluß bringt uns den Feierabend, den jeder Arbeiter hat.

Der 8 Uhr-Ladenschluß macht uns die Teilnahme möglich an Konzerten und Theatervorstellungen, er gibt uns Zeit, an schönen Sommertagen nach des Tages Last und Mühe hinauszueilen in die herrliche Natur.

Der 8 Uhr-Ladenschluß gibt uns dem Familienleben zurück.

Der 8 Uhr-Ladenschluß ermöglicht es uns, mit unseren Berufsgenossen zusammenzutreffen und mit ihnen über mancherlei Schäden im Wirtschaftsleben Gedanken auszutauschen und Besserung anstreben. Der 8 Uhr-Ladenschluß bringt uns Gelegenheit, unsere Standesinteressen wahrzunehmen.

Diesen Vorleben stehen keine Nachteile gegenüber. Die betreffenden Ladeninhaber schließen heute bereits um 8 Uhr und möchten diesen zeitigen Schluß nicht mehr missen. Trotzdem können heute Nachteile entstehen, weil nicht alle Ladeninhaber verpflichtet sind, um 8 Uhr zu schließen. Schließt alles um 8 Uhr, dann wird sich das laufende Publikum an den 8 Uhr-Schluß gewöhnen, wie es sich an den 9 Uhr-Ladenschluß gewöhnt hat. Um aber allen Kunden der Kleinstädterschaft gerecht zu werden, wollen wir bei der oberen Verwaltungsbehörde beantragen: Den 8 Uhr-Ladenschluß einzuführen, mit Ausnahme der Samstage und aller Ausnahmelage, die heute für den 9 Uhr-Ladenschluß festgelegt sind. Dieser Antrag bringt niemand Schaden, allen Geschäftsinhabern aber Nutzen. In diesen Tagen werden allen Geschäftsinhabern die Einzeichnungslisten für den 8 Uhr-Ladenschluß vorgelegt werden; es liegt an den Geschäftsinhabern, sich einen Feierabend zu sichern, den alle brauchen, die in unserem hastenden Erwerbsleben stehen."

Die Anregung geht wieder von Besitzern großer Geschäfte aus und es wäre wirklich zu wünschen, daß die zahlreichen kleinen Mittelständler dieses Mal vernünftiger abstimmen, um die Anregung nicht wieder zu Fall zu bringen.

Liberale Stadtävter regieren in Neuburg i. Bgl. Dort war bisher, in der Gestaltung einer über großen Zahl von Ausnahmen mit längerer Verfallzeit, die Sonntagsarbeit in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags erlaubt. Im vorigen Jahre erkannte der Stadtrat, daß die jetzige Regelung vielfach eine wirksame Sonntagsruhe kaum erkennt lässt und er veröffentlichte am 20. Dezember 1907 ein neues Ortsstatut. Danach sollten vom 1. Januar 1908 an die Angestellten im öffentlichen Handel nur noch im Sommer von 1/2 11, im Winter von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags beschäftigt werden, für Kontore wurde die Zeit von 1/2 8 bis 1/2 9 Uhr vormittags und im Sommer von 1/2 11, im Winter von 11 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags freigegeben. Das Ortsstatut trat in Kraft, aber den meisten Ladeninhabern fiel es gar nicht ein, sich daran zu lehnen, nach wie vor hielten sie bis 3 Uhr geöffnet. Und der Stadtrat? Er versuchte nicht etwa, durch Strafmaßte dem neuen Ortsgebot Beachung zu verschaffen, sondern er führte am 31. Januar 1908 den 3 Uhr-Laden schluß wieder ein.

In Sachsen ist man eben recht gemischt, wenn Unternehmer in Frage kommen. Wehe aber den Arbeitern, die es da wagten, gegen die Verordnungen eines hohen Magistrats zu handeln. Klassepolitist

Transportarbeiter.

Metz. Am September vorigen Jahres überreichte die heutige Bahnhofstelle an den Gemeinderat eine Eingabe mit dem Erfuchen um Errichtung einer Fahr- und Wachschule, sowie Ausgabe von Fahrscheinen an Fuhrleute, welche mindestens ein Jahr im Berufe tätig sind. Dieses wurde uns, unter mehrmaliger Verschiebung und Absehung von der Tagesordnung, am 15. März von den heutigen Stadtävtern rundweg abgelehnt; als Begründung kam der Kostenpunkt in Betracht. Unseres Erachtens würde der Kostenpunkt nicht ausschlaggebend sein, wenn die Herren unsere Eingabe richtig studiert hätten. Dieses ist aber anscheinend nicht geschehen. Die ganze Behandlung unserer Eingabe charakterisiert die Herren am grünen Tisch. Durch Bildung einer Kommission von Arbeit-

nehmern und Arbeitgebern zur Prüfung und Ausgabe von Fahrerfähigkeitszeugnissen wäre der ganze Fuhrmannsberuf bedeutend gehoben worden und würde dies der Stadt auch keine großen Geldkosten gemacht haben. Die organisierten Fuhrleute von Mels und Umgegend lassen sich durch die reaktionären Ansichten unserer jetzigen Stadtväter nicht zurückdrängen. Es wird angebracht sein, im Juni dieses Jahres Leute in den Gemeinderat zu wählen aus unserer Klasse, die mit uns fühlen und denken, damit unsere spätere Eingabe nicht wieder abgelehnt wird.

Unser Gauleiter wird in der Versammlung am Sonntag, den 29. März, nachmittags 3 Uhr, die Sache noch näher behandeln. Kollegen, erscheint in Massen in dieser wichtigen Versammlung und sorge jeder dafür, noch einen Kollegen mitzubringen.

Mühlhausen i. G. Schon des öfteren nahmen wir Beratung, in diesem Blatte Zustände im Mühlhäuser Transportgewerbe zu kritisieren, wobei allerdings betont werden muss, daß die Arbeiter selbst zum größten Teil die Schuld an diesen Missständen tragen; es fehlt der richtige Zusammenschluß. Die Unternehmer nützen die Uneinigkeit ihrer Arbeiter gehörig aus, denn einen oder dem andern gibt man ein paar Pfennige mehr Lohn und diese sind es dann, welche die Uneinigkeit noch mehr schürzen; blüht dann doch auch ihr Weizen! Der Unternehmer ist dabei der lachende Dritte. Nun haben in den letzten Jahren die Lebensmittel und sonstige Bedarfssortikel um 15—25 Prozent aufgeschlagen; der Lohn ist in Mühlhausen aber immer noch der gleiche geblieben. Dabei ist derselbe noch vielfach nach Franken berechnet, wird halbmonatlich ausbezahlt und wenn das Jahr über ist, hat der Arbeiter anstatt 52 nur 48 Wochenlöhne erhalten. Mühlhausen ist als eine der teuersten Städte Deutschlands bekannt, während aber die Fuhrleute anderwärts Wochenlöhne von 26 und 28 Mt. beziehen, schlägt man den größten Teil der hiesigen Kollegen für 15 bis 16 Tage Arbeit mit 40 bis 45 Mt. nach Hause, was nach Wochenlöhnen berechnet etwa 18 bis 20 Mt. beträgt. Kein Wunder, daß die hiesigen Familienverhältnisse so traurige sind, denn mit solchen Lohn kann nicht mal ein lediger Mann auskommen.

Aber eine andere Ursache ist es noch, welche den richtigen Zusammenschluß hindert und das ist die demagogische, verleumderische Agitationsweise des sogenannten "christlich-sozialen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes" oder wie er sich in Mühlhausen nennt, des "christlich-sozialen Verbandes der nichtgeverblichenen Arbeiter und Arbeiterinnen und verschiedener Berufe Deutschlands". Indem die Agitation dieses Verbandes den Leuten das Blaue vom Himmel herunter verspricht, läßt sich hier und da ein Dummkopf fördern, wird Mitglied und nach kürzerer oder längerer Zeit sieht er ein, daß er der Genossenschaft ist. Wie es unsere Trambahner zu ihrem Leidwesen erfahren müssten, die jetzt natürlich jeder Organisation misstrauen gegenüber stehen. Und wie vielen unserer Fuhrleute mag es schon so ergangen sein, die auf den christlichen Zeit der Fischer, Kuhn und Konsorten gefroren sind.

Mit "Über eine Million Mitglieder" gingen diese Herren im vergangenen Jahre hausieren und jetzt stellt sich heraus, daß der christliche Hilfs- und Transportarbeiterverband in ganz Deutschland etwa 3000 Fuhrleute und ungefähr 400 Straßenbahner als Mitglieder zählt. Der deutsche Transportarbeiter-Verband, die verleumdeten freie Gewerkschaft dagegen zählt am Jahresende 1906 über 81 000 zahlende Mitglieder, woraus doch offensichtlich hervorgeht, wo die Kollegen am besten ihre Rechte wahren.

"Lügen haben kurze Beine." Die Wahrheit dieses Spruches müssen die christlich organisierten Arbeiter nicht nur in Mühlhausen, sondern in noch viel schlimmerem Maße die Kollegen in Lauterburg und Solmsfahren, die gleichfalls böse hineingefallen sind. Als die Suppe eingebrockt war, ließ sich Herr Kuhn nicht mehr sehen, die auf der Straße liegenden Leute mochten sehen, wie sie sich weiter helfen. Man vergegenwärtigte sich den unter christlicher Führung vertrachten Droschentuscherstreit in Mühlhausen. Wurden die Gewaltregelungen vom christlichen Verband wohl auch in der Weise unterstützt wie es der freie Verband dem Kollegen Brennen gegenüber tat, der in 5 Wochen 90 Mt. Unterstützung bezog? Wir bezweifeln dies stark und wären für einen Gegenbeweis sehr dankbar. Welches Aufhebens wird in dem Organ des christlichen Verbandes, der Gewerkschaftsstimme, davon gemacht, daß es in Passau gelungen ist, für 27 Arbeiter pro Jahr 1000 Stunden Arbeitszeitverkürzung zu erringen. Das macht für den einzelnen Arbeiter pro Woche nicht ganz eine Stunde aus und über solchen "Erfolg" bringt die Gewerkschaftsstimme in Nr. 11 vom 12. März noch einen "Leid"-artikel!

Die Mahnung des Ministers Bethmann-Hollweg an die christlichen Arbeiter zu Fleiß, Nüchternheit, Zufriedenheit und Gottessucht wäre wahrlich nicht notwendig gewesen, mindestens nicht, was den dritten und vierten Punkt anbelangt.

Kollegen! Unsere Unternehmer sind in starken Interessenverbänden vereinigt, wo man nicht fragt: bist Du Heide, Jude oder Christ?

Und da kommt ein Häuflein sogenannter christlich-sozialer Leute her, welche die Arbeiter vom rechten Weg ablenken, sie ins schwarze Lager führen wollen, als ob die Warren sich nicht schon genug Mühe geben. Da sucht man die Arbeiterschaft in religiöse Sitten zu zerstören, wo die Unternehmer einig zusammen stehen! Hinweg mit den Organisationszerstörer! Mit den Harmonieduseien ist uns nicht geholfen. Deshalb, Kollegen im Handels- und Transportgewerbe Mühlhausen! Befreit auf Eure Würde als

Arbeiter, auf Eure Rechte als Menschen, sorgt dafür, daß Ihr nicht noch weiter auf der Stufe als Arbeitster herab sinkt.

Hinein in die Versammlungen! Hinein in den deutschen Transportarbeiterverband!

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Dresden. Durch den letzten Generalversammlungsbeschuß, die Ortsverwaltung aus Branchenvertretern zusammenzusuchen, machte es sich nötig, eine Reihe von Branchenversammlungen abzuhalten, in denen Kollegen der nächsten Generalversammlung zur Wahl vorgeschlagen werden sollen.

Am 5. März fand die erste derartige Versammlung die der Möbeltransportarbeiter statt. Ein Kollege referierte über: "Die Bedeutung der Tarifverträge". Der Referent belehrte die Vorteile und Nachteile der Tarifverträge und vertrat die Überzeugung, daß es im Interesse der Kollegen liege, durch eine straffe Organisation die Arbeitgeber zu einem günstigen Tarifabschluß zu zwingen. In der anschließenden Debatte wurde dem zugestimmt und die Kollegen aufgefordert, möglichst nur mit Organisierten zu arbeiten, um zu verhindern, daß Indifferente die Früchte unserer Tätigkeit einheimsen. Als Branchenvertreter wurde Kollege Th. Fischer gewählt.

Nachdem der Kollege Bergmann noch einen kräftigen Appell an die Anwesenden gerichtet hatte, die Organisation hochzuhalten und alle Säumigen heranzuholen, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Dresden. Am 10. März 1908 fand die Versammlung der Markt helfer, Bäcker und verwandten Berufe statt. Ge noße Menke referierte über: "Die Feinde der Gewerkschaftsbewegung". Der Referent schilderte die Machenschaften der Unternehmer, die Verdummungstheorie der Schwarzen und die Gleichgültigkeit und den Stumpfismus der eigenen Kollegen. Das alles hindert uns am schnelleren Fortschreiten. Der Vortrag fand reichen Beifall.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: "Wahl eines Branchenvertreters für die Ortsverwaltung" werden die Kollegen David und Panocha in Vorschlag gebracht. Kollege David wurde mit 50 gegen 38 Stimmen gewählt.

Unter Gewerkschaftlichem wird lebhaft Klage geführt, daß in der Frage des 7 Uhr-Boskusses noch nichts getan worden ist, trotzdem sich die Handelskammer dafür aussprochen hat. Die alten Nebenstände bestehen im verstärkten Maße noch immer fort. Die Firma Dreßler, Pragerstr., ist sehr eifrig im Wohltum und im Beschaffen der Kirchen, aber nicht ihrem Personal gegenüber. Sie entläßt die verheiraten Kollegen, um Ledige einzustellen zu können, was nicht gerade von sozialem Empfinden spricht. Nachdem noch mehrere Redner für die Presse, für bessere Unterstützung des Arbeitsnachweises und fleißige Benutzung der Bibliothek gesprochen haben, war die Tagesordnung erschöpft.

Ein Kollege rügt noch, daß so viele Kutscher und Markt helfer in Lokalen verkehren, wo unsere Zeitung nicht ausliegt. Das trifft auch auf die Zentralausspannung zu. Den Kollegen wird es liegen, diese Zustände zu beseitigen und überall dort, wo wir verkehren, unsere Zeitung zu verlangen.

Nach einigen aufmunternden Worten des Vorsitzenden erfolgte Schluß der leider nur mäßig besuchten Versammlung.

Halle a. S. Die "christlichen" gehen nunmehr auch in unserer Stadt kreisen. Zu diesem Zwecke hatten sie eine "Hilfs- und Transportarbeiterversammlung" eingeladen, aber trotz Anstrengung unserer Gehörigen, war es uns nicht möglich, mehr als wie drei unserer Berufskollegen in der Versammlung zu erleben, die übrigen waren Pastoren, evangelische Männer- und Junglingsvereiner, Werksfürer usw. Im ganzen mochten 50 Personen anwesend sein. Der Referent, ein Herr Münster-Berlin, seines Zeichens christlicher Gewerkschaftsreisender, ging in seinen Ausführungen auf die "berechtigte" Existenz der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung ein, lobte deren Eigenschaften in allen Tonarten, während er den Hirsch-Dunckerschen und freien Gewerkschaften ihr baldiges Abwirtschaften prophezeite. Speziell gegen letztere Gewerkschaften ging er mit einem Esfer ins Feuer, wie es ein Reichstagsgewerkschaftsagent nicht hätte besser tun können. Drei Thesen setzte er auf, die die christlichen Gewerkschaften von den sozialdemokratischen trennen und zwar folgende: Die christlichen Gewerkschaften seien monarchisch bis auf die Knochen, während die sozialdemokratischen republikantisch seien; dann wollten die Christlichen das Privateigentum schützen, die Sozialdemokraten dasselbe aber beseitigen und drittens waren die Christlichen gläubig und religiös, die Sozialdemokraten aber Atheisten, also Ungläubige. — In der Diskussion widersprachen sich seine eigenen Anhänger und er selbst. Von Hirsch-Dunckerscher, wie von seitens der freien Gewerkschaften wurden die Illusionen jener Herren gebührend beleuchtet. Dafür "revanchierte" sich aber Herr Münster in seinem Schlusswort, indem er mit Verdecktheit und allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln operierte. — Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem: Das walte Gott! — Alles in allem war die Versammlung wohl ein recht magerer Abschluß für die Anhänger, aber es wird angebracht sein, daß das arbeiterfeindliche Treiben dieser Herren "Christen" hier auch fürderhin keinen Boden findet und die Kollegen anderer Städte werden ebenfalls die Augen offen halten.

Ludwigshafen. Die Protestversammlung der Möbelarbeiter am Mittwoch, den 11. März, sprach der Geschäftsführer. Er schilderte die Verhältnisse der Wahler Möbelarbeiter und betonte, was die Kollegen in Frankfurt a. M., München u. s. w. errungen hätten, müßte auch in Mainz errungen werden und dieses wäre nur möglich, wenn sich sämtliche Kollegen dem Deutschen Transportarbeiterverband anschließen. Ferner führte Redner an, daß da wo die Organisation stark wäre, auch gute Verhältnisse geschaffen würden, aber an Orten, wo die Kollegen noch nicht zu der Niederzeugung gekommen wären, sich zu organisieren, sei es auch nicht möglich, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Die Diskussion war eine sehr rege, es ließen

Bürgermeisteramt, in welchem es anordnet, jeden unmöglich zur Anzeige zu bringen, der nach dem Erneben eines Schuhmannes einmal sich gegen die Straßenpolizeiverordnung verstößt. Ein besonderes Augenmerk muß die Polizei dem Straßenverkehr widmen. Wie oft kann sich auch so ein Kind von Fuhrmann auf der Straße vergehen? Einmal kommt er dem Straßenbahngeleise etwas zu nahe, dann hört er nicht sofort das Signal der allmächtigen Straßenbahn, schließlich macht er auch noch einen Bogen um die Ecke einen halben Meter zu kurz oder gar zu lang, zum guten Ende bleibt er schließlich einmal an den Schienen der Straßenbahn hängen und die elektrische bockt ihm auf seinen Wagen; das alles sind Vergehen, die geahndet werden müssen, denn nur der Fuhrmann ist schuld. Nur selten hat er das Glück, ungeahndet davon zu kommen. Gewöhnlich sind es diejenigen, die so viel Geistesgegenwart besitzen, sofort bei der Tat sich ein oder zwei Zeugen zu verschaffen. Besonders muß noch hervorgehoben werden, daß zum Unlust des Ludwigshafener Fuhrmanns noch das Schreibmaterial ziemlich teuer zu stehen kommt, das mit der Strafe verrechnet wird. So mancher hat schon bedenklich den Kopf geschüttelt, wenn er das Glück hatte, in der Schweizerstadt Mannheim ein Strafmandat zu bekommen, wo 20 Pfsg. Schreibgebühren verrechnet werden, während in Ludwigshafen die Schreibgebühr für ein Strafmandat 1,20 Mt. beträgt.

Wir haben im Oktober 1906 eine Eingabe an das Bürgermeisteramt gemacht, worin wir die Einführung von Fahr- und Fachschulen forderten. Das Bürgermeisteramt hat unsere Eingabe am 27. November 1907 abschlägig beschieden mit der Begründung, daß auch die Nachbarstädte eine ähnliche Einrichtung noch nicht besitzen; im übrigen beruft es sich auf den § 35 der Straßenpolizeiverordnung, der alles das enthält, was wir fordern.

In der Diskussion illustrierte der Kollege Geiß, wie uninhaltbar eigentlich die Bestimmungen dieses Paragraphen sind. Wir wären der Polizei willentlich handbar, wenn sie uns nachweisen würde, wieviel Unternehmer in Ludwigshafen schon bestraft worden sind in den letzten zwei Jahren, die sich gegen den § 35 der St.-P.-B. verstößen haben. Wenn heute der Unternehmer einen Fuhrmann bekommt, der 2 Mt. billiger arbeitet, wie sein Vorgänger, dann kann er fahren; kein Mensch untersucht es, ob der Betreffende fahren kann oder nicht. Ebensoviel wird der Zugendliche gefragt, ob er das 16. Lebensjahr überschritten hat. Und gerade durch solche unkundige Elemente wird der Verkehr auf der Straße gehemmt und der alte geübte Fuhrmann muß dann unter dem Druck der verschärften polizeilichen Maßnahmen leiden. Es wurde eine Eingabe, die nochmals an das Bürgermeisteramt eingebracht werden soll, einstimmig angenommen.

Dieselbe verlangt 1. Errichtung von Fahr- und Fachschulen und Unterstellung derselben unter eine technische, partikuläre Kommission. Unterricht über Pferdepflege und Behandlung durch einen Tierarzt; 2. nur der in dieser Schule Ausgebildete soll zur Leitung eines Gefährtes herangezogen werden. Derselbe muß mit einem von der Prüfungskommission ausgestatteten Ausweis versehen sein.

* Ferner gelangte folgende Resolution einstimmig zur Auffassung:

"Die heute im Saale von Hartmann abgehaltene Versammlung der Fuhrleute protestiert entschieden gegen die Auflösung des Bürgermeisteramtes; jeden unmöglich zur Anzeige zu bringen, der sich gegen die St.-P.-B. vergeht. Die Versammlung erblickt in diesem Verhalten eine Maßnahme, worin der Lenker eines Gefährtes vollständig der Polizeigewalt ausgegeben ist. Die Versammlung bedauert weiter das ablehnende Verhalten der Stadtverwaltung betreffs der Eingabe der hiesigen Verwaltungsstelle in bezug auf Errichtung von Fahr- und Fachschulen und Ausstellung eines Fahrtausweises. Die Versammlung erachtet den § 35 der St.-P.-B. auf Grund der bis jetzt gemachten Erfahrungen nicht als ansprechend, um den Unternehmer zu hindern, unbefähigte Kräfte zur Lenkung eines Fahrzeuges zu engagieren. Die Versammlung erwartet die baldige Errichtung der Fahr- und Fachschulen und Ausgabe von Fahrtauschein an alle des Fahrzens kundige Fuhrleute."

Über. Wie man mit Arbeitern umspringt, dafür lieferte die hiesige Möbelschreinerei Hartag einen drastischen Beweis. Ein Kollege, der lange Jahre bei einer anderen Firma beschäftigt war, mußte diese Arbeit infolge Arbeitsmangel aufgeben. Der Inhaber dieser Firma, der unseren Kollegen über die schwere Zeit der Arbeitslosigkeit hinweghelfen wollte, erfuhr ihn, bei der Firma Hartag Arbeit — die mindestens 8 Wochen währe — anzunehmen. Nachdem auch Herr Hartag erklärt, die Arbeit duret 8 Wochen, nahm unser Kollege die Beschäftigung an. Nach Städte Tätigkeit erkrankte der Kollege. Morgens meldete er sich bei Herrn H. frank; mittags erhält er seiner Lohn und den Entlassungsschein, trotzdem Herr H. garnicht wissen konnte, wie lange die Krankheit unseres Kollegen währt. Ein solches Vorgehen ist sicherlich nicht geeignet, die von Arbeitgeberseite so viel gepriesene Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu fördern.

Matz. In der öffentlichen Versammlung der Möbelarbeiter am Mittwoch, den 11. März, sprach der Geschäftsführer. Er schilderte die Verhältnisse der Wahler Möbelarbeiter und betonte, was die Kollegen in Frankfurt a. M., München u. s. w. errungen hätten, müßte auch in Mainz errungen werden und dieses wäre nur möglich, wenn sich sämtliche Kollegen dem Deutschen Transportarbeiterverband anschließen. Ferner führte Redner an, daß da wo die Organisation stark wäre, auch gute Verhältnisse geschaffen würden, aber an Orten, wo die Kollegen noch nicht zu der Niederzeugung gekommen wären, sich zu organisieren, sei es auch nicht möglich, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Die Diskussion war eine sehr rege, es ließen

sich Kollegen aufnehmen und andere Kollegen versprachen ihren Übertritt. Alsdann wurde von jedem Vereine ein Vertrauensmann gewählt, der dafür zu sorgen hat, daß kein unorganisierter Kollege zur Arbeit zugelassen wird. Kollege Grab führte unter anderem an, wenn die Kollegen diesen Anordnungen folgen würden, so wäre auch die Zeit nicht mehr fern, wo wir gegen das Unternehmertum Front machen könnten. Alsdann folgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Mainz. In der am 15. März stattgefundenen zahlreich besuchten Mitgliederversammlung referierte der Geschäftsführer über den Transportarbeiterzug. Derselbe führte in der Hauptsache folgendes an: Die Fuhrleute, die in den Backsteinfabriken bei Hechtsheim beschäftigt sind, erhalten Logis. Die Betten sind aus Brettern zusammengenagelt, mit Stroh gefüllt, als Bettdecken werden die Pferdedecken benutzt, ist nun ein Regentag und die Pferdedecken sind naß, so müssen sie sich mit alten Lumpen zudecken. Trotzdem die Verhältnisse in den Backsteinfabriken sehr traurig sind, hält es schwer die dortigen Kollegen zur Organisation zu gewinnen. Redner führte ferner an, daß bei der Stadt Mainz selbst nur jugendliche Fuhrleute und meistenteils vom Lande eingestellt würden. Ferner führte Redner das Verbot der Lohnzahlung an Sonntagen an. Es wurde festgestellt, daß in verschiedenen Betrieben die Kollegen Sonntags morgens bis 11 Uhr warten müßten, bis sie ihren verdienten Lohn bekämen, dies betreffe auch das erste Fuhrgeschäft, die Firma Geider. Die Firma B. Auer & Sohn setzte nun vor allen die Krone auf, dort erhalten die Fuhrleute erst Montags oder sogar Dienstags ihr Geld. Im weiteren betonte Redner, daß die Beratung zur Errichtung einer Fahr- und Fachschule für Mainz, welche am 18. März hätte stattfinden sollen, vertagt worden ist. Bei der Firma Louis Hiltbrand sind 2 Kollegen, die können die 40 Pfennige Wochenbeitrag nicht bezahlen. Der eine heißt Kitz, dessen Frau einen Spezereihandel betreibt. Der andere namens Schweikert, kann, weil er noch in einer Krankenkasse ist, die 40 Pfennige Verbandsbeitrag nicht bezahlen. Daß ihnen aber durch den Verband ein Mehrlohn von 200 Mark jährlich erteilten worden sind, haben diese Burschen vergessen. Einem Kollegen bei der Firma J. P. Hiltbrand wurde am Bahnhof eine Kiste mit Schuhen auf die Rolle gestellt, er meinte nun, die Kiste wäre sein Eigentum und verkaufte sie an einen Schuhmacher, aber die Polizei hatte sich gleich eingefunden und verhaftete den Fuhrmann. Das sind die Kollegen, die keinen Verband brauchen.

Die Diskussion war eine sehr rege. Es beteiligten sich daran die Kollegen Noh, Walzer, Feldmann und Triesbier. Für den ausscheidenden Kollegen Neukens als Kartelldelegierter wurde Kollege Friedrich Triesbier einstimmig gewählt. Zum Schluß ernahm der Kollege Grab die anwesenden Kollegen die Versammlungen besser zu besuchen, möglich zu agitieren, damit auch der letzte Kollege der Organisation zugeführt würde.

Schandau. In einer am 15. März in Rathmannsdorf abgehaltenen Besprechung der in hiesigen Fuhrwerksbetrieben beschäftigten Kollegen wurde ein ziemlich trauriges Bild entrollt. Das Abtreiben der Arbeitsstellen durch Unterbetrieb der Löhne spielt hier eine traurige Rolle. Allerlei Missstände wurden erwähnt und der hier gezahlte Lohn von 16—18 Mk. pro Woche beweist, daß die Kutscher wie auch die auf Holzplätzen beschäftigten Kollegen, sich nicht in der rosigsten Lage befinden. Klagen über Klagen aus dem Munde der Kollegen wurden laut über die traurige wirtschaftliche Lage in hiesiger Gegend.

Der im Auftrage des Gauleiters erschienene Kollege nahm die Gelegenheit wahr, den ungefähr höchstens 20 Mann Gescheiterten die Ursache der wirtschaftlichen Krise, aber auch die Ursache der traurigen wirtschaftlichen Lage in treffenden Worten vor Augen zu führen.

Die Ausführungen, denen man mit Spannung und Aufmerksamkeit folgte, hatten den Erfolg, daß sich eine Anzahl der Kollegen in den Verband aufnehmen ließ. Kollege Schlitz-Königstein machte die Anwesenden aufmerksam, daß ein neuer Kassierer für Schandau gewählt werden müsse, weil der bisherige von hier verzicht. Es wurden dann gewählt: Kollege Raden als 1. Kassierer und Kollege Pilz als 2. Kassierer.

Als Revisoren wählte man die Kollegen Westpol und Feige.

Nachdem der Referent die Anwesenden zum festen Zusammenhalten, zur Treue zum Verband und zur gegenseitigen Einigkeit und kollektiver Zusammenarbeit, besonders aber zur innermündlichen Agitation für den Verband aufgerufen hatte, hatte die Besprechung ihr Ende erreicht.

Zu bemerken ist noch, daß in der sächsischen Schweiz noch große Bezirke zu bearbeiten sind. Die großen Sägemühlen und Holzhandlungen beschäftigen eine große Anzahl, nur mit dem Transport von Hölzern beschäftigte Arbeiter, welche in unsern Verband gehören. Diese recht bald zu organisieren, dazu bedarf es allerdings einer umfangreichen Agitation.

Stuttgart. Eine gemeinschaftliche Sitzung der Ortsverwaltung und Sektion Möbeltransportarbeiter fand am 15. März statt. Diese Sektion ist schon lange das entsetzlichste der hiesigen Verwaltungsstelle. Durch die Eigenbröderleken und die persönlichen Streitigkeiten, die in den Versammlungen vorherrschend waren, wurden die ruhigen und besten Kollegen abgeschreckt. Es wurden daher Stimmen laut, die Sektion der Möbeltransportarbeiter den Fuhrleuten oder Handelshilfsarbeiter anzugliedern, um diesem Zupande ein Ende zu bereiten. Die gemeinschaftliche Sitzung hat nun gezeigt, daß es in der Art wie seither nicht mehr weitergehen kann und darf. Von sämtlichen Rednern wurde das autokratische Regiment des seitherigen Sektionsleiters scharf kritisiert und der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Möbeltransportarbeiter alle Ursache haben, die Organisation auszubauen und zu kräftigen, zurnal die Arbeiter in dieser überaus kritischen Zeit, wo sich das Machtgefühl der Unternehmer ganz gewaltig regt, fest wie ein Mann zusammenstecken müssen. Eine Erweiterung der Sektion in die der Fuhrleute oder Handelshilfsarbeiter wurde nicht als zweckmäßig erachtet, es soll die Sektion weiter beibehalten und durch eine energische Agitation gestärkt und gefestigt werden. Die neue Sektionsleitung,

die durchweg aus Kollegen besteht, die den Wert der Organisation höher schätzen als wie die persönlichen Streitigkeiten und den innerzeitlichen Standesdunkel einzelner, ist bestrebt, durch tatkräftige, innermündliche Agitation neues Leben in die Sektion zu bringen. Die Sektion muß bis zum Ablauf des jetzigen Tariffs eine Stärke erreichen, daß es uns gelingt, wiederum eine wesentliche Verbesserung für die Möbeltransportarbeiter herauszuschlagen. Und das wird uns gelingen, wenn die Kollegen hinter der Sektionsleitung stehen und mitarbeiten, wenn sie in den Versammlungen erscheinen und die unorganisierten Kollegen aufklären und aufmuntern.

Also, Kollegen, auf zur Agitation!

Waldenburg i. S. Die am 8. März tagende Versammlung war wieder besser besucht. Die Eröffnungen sind auch zweifelsohne auf ihre Rechnung gekommen, denn der neu hier verzeigte Arbeitssekretär Osteroth hielt einen Vortrag über „Arbeiterzugsgegabung“ und entledigte sich seiner Aufgabe meisterhaft. Dieses speziell für uns so wichtige Thema war wohl fast allen unbekannt. Der Referent erläuterte in einfacher, verständlicher Weise, wie die Arbeiterschutzgesetze entstanden sind, wie die damals kleine sozialdemokratische Reichstagsfraktion Verbesserungsanträge gestellt, dieselben aber von den bürgerlichen Parteien abgelehnt wurden. Wie schwer es hält, eine Rente zu erhalten, sei es Unfall- oder Invalidenrente, trotzdem Millionen über Millionen in den Versicherungsanstalten aufgespart oder fast zinsfrei an die Agrarier ausgeliehen werden. Redner schloß unter lebhaftem Beifall seine Ausführungen mit der Auflösung, treu zur Organisation zu halten und neue Mitstreiter zu werben, damit auch hier im Schlesierlande bessere Arbeitsbeginnungen und höhere Löhne erzielt werden.

Die Diskussion war nur kurz, ein Kollege äußerte den Wunsch, daß Genosse Osteroth öfters solche Vorträge halte und bat den Vorstand, das Nötige zu veranlassen. Unter Verschiedenen wurde über die Lotafrage diskutiert. Einige Kollegen beantragten, die Versammlung wieder in Altwasser, andere wieder in Waldenburg stattfinden zu lassen. Ja, die Debatte war äußerst lebhaft und erregt. Bitter wurde geflucht, daß die Altwasser Kollegen sich in den Versammlungen selten sehen lassen und daß demzufolge der Prozentsatz der organisierten Altwasser Kollegen gering ist, während Waldenburg lediglich gut organisiert ist, und daß daher auch die Versammlungen weiter in Waldenburg stattfinden möchten. Schließlich wurde beschlossen, von Fall zu Fall zu entscheiden, die nächste Versammlung aber im „Stern“ zu Waldenburg tagen zu lassen. Ein weiterer Antrag, in Kürze ein Vergnügen zu feiern, wurde angenommen und der Vorstand sowie drei weitere Kollegen mit den Vorarbeiten beauftragt. Nachdem noch einige Kollegen sich aufzunehmen ließen und der Vorsitzende alle anwesenden Kollegen ernahm, recht fleißig für Ausbreitung der Wahlstellen-Sorge zu tragen, wurde die äußerst interessant verlaufene Versammlung geschlossen.

Kollegen! Am 12. April, nachm. 8 Uhr, findet die nächste Versammlung statt, und zwar im Goldenen Stern zu Waldenburg. Genosse Osteroth wird wieder einen Vortrag halten. Sorgen wir jetzt schon dafür, daß dies die noch unorganisierten Kollegen erfahren, bringt sie in die Versammlungen mit, wir haben jetzt ganz erfreuliche Fortschritte gemacht, fahren wir so fort, dann wird einmal der Tag kommen, wo wir unser eingezahltes Geld von den Unternehmern mit Zins und Zinseszinsen wieder fordern und auch bekommen werden.

Worms. Eine Versammlung mit Hindernissen haben wir fürstlich in Eich bei Worms abgehalten. Die Nationalliberalen versuchten uns hier alle Lokale abzutreten. Ein solches „liberales“ Kunststücklein haben sie fürstlich auch in Eich vollbracht. Unser Verband hatte auf Anraten von Eicher Arbeitern, die noch fürstlichen Lohn von sage und schreibe 2,50 Mk. pro Tag haben und von morgens früh bis abends spät für ihre Herren frönen müssen, eine öffentliche Versammlung im „Löwen“, Inh. Stützel, am Sonntag, den 15. März einberufen. Bemerkt sei noch, daß dieses Gasthaus Eigentum der Brauerei Bechtel in Eich ist und dessen Bier im Wormser Gewerbeschäft haus zum Ausschank kommt. Wir hatten und erhielten auch den Saal schon acht Tage vorher. Als wir nun am Versammlungstage nach Eich kamen, wurde uns vom Löwenwirt erklärt, daß er uns seinen Saal aus gewissen Gründen verweigern müsse. Doch ließen wir den Mut nicht sinken und der Gauleiter mit noch mehreren Kollegen ließen von Haus zu Haus und sagten den Arbeitern, daß die durch die Ortschaft eingesetzte Agitation die Versammlung beim Wirt Gutjahr stattfindet. Und so kam es, als der Gauleiter das vollbesetzte Lokal betrat und den Wirt bat, mit den Arbeitern einige Worte sprechen zu wollen, daß ihm auch hier das Sprechen verboten wurde. Auch hier sieht man wieder, daß die Witte die Arbeitgeberbosse mit Witte nehmen, aber ihre Interessen dürfen die Arbeiter bei diesen Herren nicht austauschen aus Furcht vor den Ortsgrößen. Jetzt gings zum dritten Lokal „Zur Linde“ und kamen wir hier festen Fuß fassen. Der Wirt Gutjahr, der uns eins auswischen wollte, mußte mit betrübtem Gesicht zusehen, wie seine sämtlichen Gäste uns beim Verlassen des Lokals nachstehen und es dauerte nicht lange, da hielten wir im Caphaus „Zur Linde“ eine vollbesetzte Versammlung trotz Saalabtriebens bei Stützel und Sprechverbote bei Gutjahr. Der Gauleiter brachte es, den versammelten Arbeitern, der Polizeidirektor war auch erschienen, in 1½ stündigem Referat die Vorlese der Organisation darzulegen, was mit großer Begeisterung von den Arbeitern aufgenommen wurde, wobei sich dieselben erbosten, nur in der Linde zusammenzutreffen, um ihre Meinungen auszutauschen und so nicht den Willkür ihrer Arbeitgeber ausgesetzt zu sein. Wie glauben Sie, dieser Tag wird den Eicher Arbeitern ein Erinnerungstag bleiben und werden sich dieselben noch fest zusammenziehen, trotzdem die Kapitalisten dieses mit aller Macht verhindern wollen. Als wir den Heimweg antraten, vergaßen wir nicht der Freude Ausdruck zu verleihen, daß der ausge-

streute Samen Frucht trage zum Wohle und Segen der bedrängten Arbeiter. Da wir in Eich und Umgegend ein großes Feld zu bebauen haben, so werden wir alles daransetzen und koste es was es wolle, bis wir den letzten Mann unserer Organisation zugeführt haben.

Würzburg. Kollegen! Der bis jetzt überaus schlechte Besuch unserer Versammlungen nötigt uns, einmal an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß es absolut so nicht weitergehen kann und darf, wenn Ihr wollt, daß auch hier einmal etwas Positives geleistet werden soll. Obwohl sich die Verwaltung die größte Mühe gibt, die Versammlungen durch Vorträge und dgl., so interessant und lehrreich als möglich zu gestalten, findet es eine größere Anzahl nicht der Mühe wert, ihren Verpflichtungen nachzuhören. Merkt Euch das: Solange Ihr nicht regelmäßig Eure Versammlungen besucht und darin lernt, so lange ist gar nicht daran zu denken, die immer krasser zu Tage tretenden Übergriffe der Unternehmer zu begegnen. Um den Terrorismus der Arbeitgeber zu bekämpfen, bedarf es geschulter Leute und gerade Ihr, die Ihr den Versammlungen fernbleibt, seit schuld daran, daß wir in Würzburg nicht vorwärts kommen. Also Kollegen, schlüttet Eure Gleichgültigkeit ab und erachtet Mann für Mann in der Versammlung, dann kommt auch für uns die Zeit, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu fordern.

Fazit.

Eine außerordentliche Steigerung der Trunksucht in Deutschland in den letzten Jahrzehnten erhellt aus einer Aufstellung, die in der Teilnehmern am 14. internationalen hygienischen Kongress gewidmeten Festschrift „Das deutsche Reich in gesundheitlicher und demographischer Beziehung“ enthalten ist. Danach betrug die Zahl der Aufnahmen in die Kranken- und Ferenanstalten:

	wegen Alkoholismus	wegen Säuferwahnins
1877—79	12 863	256
1880—82	18 846	8674
1883—85	26 859	4606
1886—88	34 767	4495
1889—91	38 065	8809
1892—94	35 736	4444
1895—98	40 792	5250
1899—1901	65 483	7894

In 25 Jahren hat sich also die Zahl der Aufnahmen wegen Alkoholismus (Trunksucht) verdreifacht, die der Aufnahmen wegen Säuferwahnins verdreifacht, während die Bevölkerung nur im Verhältnis von 172:227, also um $\frac{1}{3}$, zugenommen hat. Bezeichnend ist auch, daß die Zahl der Zugänge wegen Herzkrankheiten in diesem Zeitraum von 16.012 auf 84.071, also auf das 5,3-fache gestiegen ist. Der Alkoholismusbearbeitung sich nur etwas mehr als verdreifacht hat und zwar von 1,8 auf 4,6 gestiegen ist. Der Alkoholismusbearbeitung steht nachgewiesenermaßen besonders das Herz in Widerdenkschaft.

Mitteilungen des Vorstandes.

Wir ersuchen die sich auf der Reise befindlichen Kollegen dringend, bei Nachfrage um Arbeit oder beabsichtigter Anspruchnahme von Ortsgeschenken resp. Auszahlung von Unterstützungsgeldern etc. die betreffenden Orte in sich auf den Arbeitsstellen aufzusuchen oder bei den Arbeitgebern der in Frage kommenden Funktionäre irgendwelche Erklärungen einzuziehen. Um den betreffenden Kollegen Unannehmlichkeiten zu ersparen und eventl. Maßregelungen vorzubeugen, bitten wir, oliges zu beachten. Falls Verwaltungs-Funktionäre zu irgendwelchen Zwecken aufgetaucht werden sollen, so hat dies in der Wohnung der Betroffenen oder im Verkehrsalot zu geschehen.

Die Ortsverwaltungen resp. sonstigen Funktionäre des Verbandes, eruchen wir um eventl. Angabe der uns unbekannten Adressen nachstehend verzeichneteter Mitglieder (Festspiele): Ruhle, Hermann, Spitz-Nr. 40 847. (Ruhle hat in Essen sein Verbandsbuch vernichtet.)

Schulz, Ernst, Spitz-Nr. 87 760, eingetreten am 24. Juni 1906 in Magdeburg. Ruhle, Hermann und Schulz, haben in der Verwaltungsstelle Essen (Ruhr) noch Verbindlichkeiten zu regeln. Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Müller, Franz, Spitz-Nr. 275 093 der Verwaltungsstelle Mainz. Falls dieses Buch gefunden oder vorgezeigt wird, ist es anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 8, Abs. 7a des Verbandsstatutes nachstehend verzeichnete Mitglieder: In Magdeburg: Schulz, Christian, Spitz-Nr. 85 017. In Mainz: Böllinger, August, Spitz-Nr. 275 684.

Mit illegalen Grub

Der Vorstand.

J. N.: Oswald Schumann, Berlin S. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Nr.

Bekanntmachung.

Den Bewerbern um die in Nr. 6 des „Courier“ vom 9. Februar d. Js. ausgeschriebenen Stellen eines Ortsbeamten und eines Einkassierers für die Ortsverwaltung Hamburg II zur Kenntnis, daß diese Posten belegt sind.

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Kettig, Berlin. Verlag der Buchdr. „Courier“, O. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmick, Berlin, Adalbertstr. 37.